

— Kleine Bibliothek Nr. 2 —

Das Proletariat  
und die russische  
Revolution

— Von A. Tscherewanin —

**Das Proletariat und die  
russische Revolution**

# Das Proletariat und die russische Revolution

Von A. Tscherewanin

Mit einer Vorrede von H. Roland-Holst  
und einem Anhang vom Übersetzer  
S. Lewitin



Sozialdemokratische Partei  
Deutschlands  
Partei Vorstand  
Bibliothek

Stuttgart 1908

Verlag von J. H. W. Dietz Nachfolger

## Inhaltsverzeichnis

---

	Seite
Erläuterungen . . . . .	VI
Vorbemerkung . . . . .	VII
Vorrede . . . . .	IX
I. Die Ursachen der Revolution . . . . .	1
II. Vor dem 22. Januar 1905 . . . . .	11
III. Vom 22. Januar bis zum 31. Oktober 1905 . . . . .	23
IV. Der Oktoberstreik . . . . .	45
V. Vom 31. Oktober bis zum Dezemberaufstand . . . . .	61
VI. Der bewaffnete Aufstand im Dezember . . . . .	96
VII. Nach der Niederlage . . . . .	125
Das Jahr 1907. Ein Anhang von S. Lewitin . . . . .	147

---

## Erläuterungen.

1. Das oft vorkommende Wort „Семstwo“ bedeutet Landstände; im parlamentarischen Sinne sind darunter die aus Wahlen hervorgegangenen Vertreter der Bewohner des flachen Landes zu verstehen, denen nach der Семstwo- oder Landschaftsordnung vom 1. Januar 1864 die Selbstverwaltung des Kreises beziehungsweise Gouvernements übertragen worden ist. Durch einen späteren Ukas vom 12. Juli 1890 wurde die Selbstverwaltung nicht unwesentlich eingeschränkt.

2. Mit den Worten „professionelle Intelligenz“ werden in Rußland im Gegensatz zu den Arbeitern: Ärzte, Lehrer, Techniker, Agronomen, Statistiker, Verwaltungsbeamte und was dahin gehört bezeichnet.

3. Als das „dritte Element“ in den Семstwo-Organisationen wurden (nach einem geflügelten Wort des Herrn v. Plehwe) die im Dienste der Семstwo stehenden, unter 2 genannten Berufe bezeichnet.

4. Die Bezeichnung „Frühlingsära“ ist als eine ironische zu verstehen. Sie bezieht sich auf das Aufblühen der Hoffnungen des russischen Liberalismus auf Grund der Verheißungen Swjatopolk-Mirskys, den gesellschaftlichen Kräften „Vertrauen“ zu schenken.

5. Unter „Freiheitstage“ ist die Periode Oktober-November 1905 zu verstehen.

6. Die „Partei des aktiven Kampfes gegen die Revolution“ bildet eine Zweigorganisation des „Schwarzen Hundert“.

7. Die „Partei der friedlichen Erneuerung der Gesellschaft“ wurde eine ziemlich bedeutungslose Partei genannt, die sich aus gemäßigten Oktobristen und zum Teil aus rückständigen Kadetten gebildet hatte.

## Vorbemerkung.

Seit den Oktobertagen der russischen Revolution wurde dem Verlag wiederholt nahegelegt, aufklärende Schriften über die Ursachen der Revolution zu beschaffen und herauszugeben. Diesen Wünschen sind wir mit den Arbeiten: „Die Lage der arbeitenden Klassen in Rußland“ von Paschitnow und „Die Agrarfrage in Rußland“ von Maßlow nachgekommen. Da die beiden Klassen, die Arbeiter und die Bauern, zirka 95 Prozent der Bevölkerung betragen, so glaubten wir, daß es vor allen Dingen notwendig sei, die Kenntnis der sozialen Lage dieser beiden mächtigen Schichten des russischen Reiches unter den deutschen Arbeitern zu fördern. Die Verfasser beider Werke sind Marxisten in unserem Sinne.

Ende 1907 trat an uns die Aufforderung heran, ein Sammelwerk: „Der Kampf der gesellschaftlichen Kräfte in der russischen Revolution“ in deutscher Übersetzung herauszugeben. Wir entschlossen uns, das jetzt vorliegende Büchlein „Das Proletariat und die russische Revolution“ von Tscherewanin aus dem Sammelwerk zu akzeptieren, allerdings nicht ohne Bedenken, da der Verfasser vom Standpunkt der Menschewiki die ganze Epoche einer kritischen Beleuchtung unterzieht, die natürlich von der landläufigen optimistischen Darstellung der Revolutionszeit nicht unwesentlich abweicht. Sie deckt sich aber vollständig mit der jetzt einsetzenden Parteilosigkeit der Menschewiki, die unter ihren alten Führern energisch an die Neuorganisation der sozialdemokratischen Partei in Rußland herantreten. Unter solchen Verhältnissen kann eine scharfe Kritik nicht schaden, und unsere Leser werden zwischen russischen und deutschen Verhältnissen zu unterscheiden wissen. — Wir möchten unsere Leser auch ersuchen, den Aufsatz von Th. Dahn in der Neuen Zeit 1908, Nr. 27 und 28 zu lesen, worin sie eine Bestätigung des Vorhergesagten finden.

Zum Schluß wollen wir noch auf die Vorrede von Genriette Roland-Holst hinweisen, die uns seitens des Übersetzers von vornherein in Aussicht gestellt worden ist. Wir haben dazu den Kopf geschüttelt, da wir wußten, daß unsere Genossin Roland-Holst sich die Kenntnis des Buches erst später durch die Übersetzung verschaffen mußte. Ihr ist es gerade so ergangen wie früher dem Verlag, dieselben Bedenken sind in ihr entstanden, aber dennoch schrieb sie die Vorrede, die allerdings nun zu einer Kritik des Buches geworden ist.

Diese wenigen Worte glaubten wir der Publikation vorausschicken zu müssen; hoffentlich sind sie geeignet, Mißverständnissen vorzubeugen.

### Die Verlagsbuchhandlung.

## Vorrede.

Als ich dem Übersetzer dieser Schrift, Genossen S. Lewitin, versprach, eine Vorrede dafür zu schreiben, hatte ich sie noch nicht gelesen. Jetzt, da ich sie gelesen habe, bin ich um so mehr bereit, mein Versprechen zu erfüllen. Nicht, weil ich dem Autor bedingungslos zustimme, sondern deshalb, weil einige Worte der Einführung mir notwendig erscheinen, um dem deutschen Leser, der die innerparteilichen Fragen in der russischen Sozialdemokratie nicht aufmerksam verfolgt hat, das Verständnis einer Schrift zu erleichtern, in der ihn manche Äußerungen vielleicht etwas fremdartig berühren werden.

Das internationale Proletariat kann dankbar sein für jede Gelegenheit, die ihm geboten wird, tiefer einzudringen in die russische Revolution, das wichtigste Ereignis unserer Zeiten. Zu diesem Eindringen gehört selbstverständlich nicht bloß die Erkenntnis der Tatsachen, sondern vor allem auch ihrer Interpretation, und diese ist, wie bekannt, in den Kreisen der russischen Genossen eine äußerst verschiedene. Die taktischen Differenzen haben zum Aufkommen zweier Fraktionen, der Richtung der „Minderheit“ und jener der „Mehrheit“ geführt. Die Anschauung, welche in der vorliegenden Schrift überall hervorbricht, ist diese, daß die von der „Mehrheit“ vertretenen Anschauungen, ihre überspannten Erwartungen der Revolution, ihre übermäßige Einschätzung der revolutionären Kräfte und die auf diese gebaute Taktik (welche in einigen wichtigen Momenten zur Taktik der ganzen Partei wurde) wesentlich die Ursachen sind, daß es dem Absolutismus um die Jahreswende 1905/06 noch einmal gelang, die Revolution niederzuwerfen.

Als der Kern des Streites, der in fast allen Fragen der Taktik zwischen den Richtungen in der russischen Partei stattfindet, erscheint die Verschiedenheit der Auffassungen über

das Wesen der Revolution selbst. Ist diese eine bürgerliche oder eine proletarische? So formuliert, scheint die Frage dem westeuropäischen Genossen unverständlich. Wie kann die russische Revolution eine proletarische sein, das heißt die Diktatur des Proletariats zur Errichtung eines sozialistischen Gemeinwesens zum unmittelbaren Ziel haben, bei der schwachen Entwicklung der Industrie im Vergleich zur Landwirtschaft, bei der geringen relativen numerischen Stärke des Proletariats, beim ungeheuren Übergewicht der ländlichen Bevölkerung im russischen Reiche? Nur insoweit die alten zähen Überlieferungen der *Marodniki* noch fortwirken, die in den Bauern die künftigen Erbsler Rußlands und die Schöpfer eines sozialistischen Gemeinwesens sahen, wird die Auffassung der russischen Revolution als eine „proletarische“ in Hinsicht auf ihr unmittelbares Ziel, auf ihre unmittelbaren Zwecke begreiflich. Wenn der Verfasser auch durch verschiedene Anführungen zu beweisen sucht, daß die „Mehrheits“richtung erwartete, Rußland könne die bürgerliche Gesellschaftsphase überspringen und unmittelbar vom Absolutismus zur Diktatur der Arbeiter und Bauern im sozialistischen Sinne übergehen — so brauchen wir jenen vereinzelt, meist während der sogenannten Freiheitstage, das heißt in Augenblicken der höchsten Kampfesbegeisterung, der größten Exaltation gefallenen Äußerungen nicht zuviel Gewicht beizulegen. Die russische Revolution kann kein anderes unmittelbares Ergebnis haben, als die Errichtung einer bürgerlichen Staatsordnung; in ihr werden die bürgerlichen Klassen, wenn auch nicht eingeschränkt, herrschen; und dies wird in ruhigen Stunden wohl der Mehrzahl der führenden Genossen beider Richtungen zum Bewußtsein gekommen sein, wenn auch ihre Anschauungen in der Frage weit auseinandergehen, wieviel politische Macht das Proletariat im neuen Rußland würde beanspruchen können.

Jedoch wenn auch die russische Revolution in ihren Zielen eine bürgerliche ist, so ist sie in ihrer Art ein Spätling.

Folglich sind die sozialen Bedingungen, unter denen sie vor sich geht, ganz andere, als diese sogar zur Zeit der letzten westeuropäischen Revolution waren. Sie tritt auf in einer Epoche, in der die Großindustrie mit allen ihren Folgeerscheinungen sich in Rußland entwickelt, dort moderne Klassen und Klassengegensätze hervorgebracht hat, sowie ein großstädtisches Proletariat, das sich seinem Gegensatz zu den bürgerlichen Gesellschaftsklassen wohl bewußt ist. Andererseits ist in ihr die Klasse, welche in den früheren großen bürgerlichen Revolutionen die führende Rolle spielte, dazu heute nicht mehr fähig; ihr Gegensatz zum Proletariat raubt ihr jede Kampfeskraft dem Absolutismus gegenüber; die Entwicklung der Klassengegensätze und die revolutionäre Spannung in der gesamten kapitalistischen Welt, der Verfall der bürgerlichen Demokratie sind allgemeine Erscheinungen, deren Wirkung sich die russische Bourgeoisie nicht entziehen kann. Ein altersschwacher starrer Thronerbe, kann sie erst in den Tagen die Herrschaft ergreifen, wo ihre Jugendkraft verwelkt, ihr Blut gewonnen, ihr Arm gelähmt ist. Und hier liegt die Grundursache, weshalb die Formen der russischen Revolution so überraschend sind, ihr Gang so qualvoll widerspruchsvoll ist; weshalb sie nach erstaunlichen Siegen, nach gewaltigen Triumpfen wieder scheinbar erschöpft in sich zusammenbricht. „In dieser formell bürgerlichen Revolution (wird) der Gegensatz der bürgerlichen Gesellschaft zum Absolutismus von dem Gegensatz des Proletariats zur bürgerlichen Gesellschaft beherrscht, der Kampf des Proletariats richtet sich mit gleicher Kraft gleichzeitig gegen den Absolutismus und gegen die kapitalistische Ausbeutung.“ (Rosa Luxemburg.)

Wie weit nun soll das Proletariat in der Revolution seinen Gegensatz zur bürgerlichen Gesellschaft zum Ausdruck bringen; wie weit soll es diesen Gegensatz zurückdrängen, um den gemeinsamen Gegensatz von Proletariat und Bourgeoisie dem Absolutismus gegenüber hervortreten zu lassen?

Oder anders ausgedrückt: inwieweit soll das Proletariat während der Kämpfe zum Sturz des alten Regiments auf die Verfolgung seiner besonderen Klasseninteressen verzichten? Soll es immer und überall auf deren Hervorhebung verzichten, wo diese dazu führen könnte, die kapitalistischen Interessen gegen sich mobil zu machen? Soll es die bürgerlichen Klassen sogar noch dann unterstützen, wenn diese aus Feigheit und Haß gegen das Proletariat die allgemeinen demokratischen Forderungen der Revolution verraten?

Dies sind die eigentlichen Kernfragen jenes Streites wegen der Taktik, der die russische Sozialdemokratie seit den Anfängen der Revolution in zwei feindliche Lager spaltet. Der Verfasser der vorliegenden Schrift beurteilt diese Fragen vom Standpunkt der „Minderheits“fraktion. Er hält es für geboten, daß das Proletariat während der Revolution auf den Kampf für seine besonderen Klassenforderungen verzichten soll, sobald und insoweit dieser Kampf das Zusammengehen aller sich in der Opposition zum Absolutismus befindenden Elemente in Gefahr bringt. Die Bewegung des Petersburger Proletariats für den Achtstundentag scheint ihm ein verhängnisvoller Fehler, weil sie dazu führen mußte, die Kapitalisten in die Arme der Konterrevolution zu jagen und das Proletariat zu isolieren. Sogar wo, wie bei der Wahlrechtsfrage, in der ersten Duma, der Verrat der Kadetten an die demokratischen Forderungen offenbar ist, erklärt der Autor diesen Verrat für „keinen zureichenden Grund, zu vergessen, daß wir mit den Kadetten einen gemeinsamen Feind haben, und daß wir den Kampf um die Forderungen, die zur Niederwerfung dieses Feindes führen, mit ihnen teilen“. Wenn der Verfasser es auch nicht klipp und klar ausspricht, so scheint doch der Sinn dieses Satzes, daß er trotz diesem Verrat die Unterstützung der Kadetten, das heißt der Dumamajorität durch die Sozialdemokratie für geboten hielt. Hier wird die Anschauung des Genossen — wir sagen nicht: der Minderheitsfraktion, weil wir nicht wissen, inwie-

weit sie mit jener individuellen Äußerung übereinstimmt — bei der großen Mehrheit der deutschen Partei schwerlich Zustimmung finden.

Der erste wichtige Punkt, wobei die Geister in bezug auf die Taktik während der Revolutionszeit aufeinanderprallten, war die Frage der Wahlbeteiligung an der ersten Duma. Heute wird es wohl wenige westeuropäische Sozialisten mehr geben, die in dem damals beschlossenen Boykott nicht einen schweren politischen Irrtum erkennen, ein Irrtum, der sich freilich psychologisch erklären läßt aus der exaltierten Siegesstimmung des klassenbewußten Proletariats. Diese Stimmung, sowie die aus ihr hervorgehende übermäßige Einschätzung der revolutionären Kräfte war, wie der Verfasser ausdrücklich hervorhebt, beiden Fraktionen gemeinsam. Es spielte in dieser Angelegenheit die eigentliche Kernfrage der russischen Revolution: das Verhältnis des Gegensatzes von bürgerlicher Gesellschaft und Absolutismus zum Gegensatz von Proletariat und bürgerlicher Gesellschaft, noch keine ausschlaggebende Rolle. Zur Zeit, da die Boykottierung der Duma beschlossen wurde, war es noch nicht in dem Maße zum offenen Hervortreten eines Interessengegensatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat gekommen, daß jener den Gegensatz zwischen Absolutismus und bürgerlicher Gesellschaft beherrschte.

In dem Kampf des Petersburger Proletariats um den Achtstundentag trat dagegen dieser erste, der soziale Gegensatz, unvermittelt und nackt hervor. Daß dieser Kampf die kapitalistische Klasse aufs höchste erbittern und ihre reaktionären Neigungen stärken mußte, ist selbstverständlich. Es fragt sich aber nicht, ob es deshalb eine klügere, vorsichtigerere Taktik gewesen wäre, ihn zu vermeiden, sondern — ob ihn zu vermeiden überhaupt möglich war. Für den Verfasser dieser Schrift liegt der verhängnisvolle „erste Schritt“ zu der ganzen weiteren Richtung der Revolution in der Boykottierung der ersten Duma. Gewiß kann ein politischer



Fehler schwerwiegende Konsequenzen haben — jedoch was in letzter Instanz über Sieg oder Niederlage beschließt, ist nicht politische Klugheit: es sind die Kraftverhältnisse der miteinander ringenden sozialen Mächte. Nicht diese oder jene unkluge, unweise, fehlerhafte Tat der sozialdemokratischen Führer, nicht Mangel an Mäßigung und Selbstbeherrschung beim Proletariat nach anfänglichem Sieg sind die letzten Gründe des Auseinanderfallens der revolutionären Opposition, noch ehe dieser Sieg gesichert und der Feind entworfen und unschädlich gemacht war. Diese Gründe liegen eben in jenem doppelten gegensätzlichen Charakter der russischen Revolution selbst, die ihr besonderes Wesen ausmacht; die nämlichen Verhältnisse, welche die Kühnheit, den Heroismus, die revolutionäre Massenaktion und die Massenbegeisterung der Monate Januar bis Oktober 1905 ermöglichten, führten zur vorwärtsdrängenden Aktion des Petersburger Proletariats und des Arbeiterdeputiertenrats, sowie schließlich zum Moskauer Aufstand in den Monaten November bis Dezember. Aus demselben Grunde, weshalb das Proletariat zum gewaltigen Vorkämpfer der gemeinsamen Interessen der ganzen bürgerlichen Gesellschaft wurde, mußte es die ersten Früchte des Sieges, die neugewonnenen Freiheiten und Rechte auszunutzen trachten im stürmischen Kampf gegen diese bürgerliche Gesellschaft. Es konnte nicht die Begeisterung, die Beharrlichkeit, den revolutionären Glanz und die Todesverachtung in dem politischen Kampf bekunden, die es in diesem Kampf zum Vorkämpfer aller modernen Klassen erhoben haben, ohne mit gleichem Nachdruck die Erreichung wichtiger ökonomischer Vorteile und die Verbesserung seiner Existenz zu erstreben. Dies aber, das Verfolgen besonderer Klassenforderungen, mußte es unvermeidlich in Konflikt mit der Kapitalistenklasse, sowie seine Gegner zur zeitweiligen Ausöhnung bringen.

Nennt der Verfasser den ganzen Gang der Ereignisse bis zur Auflösung der ersten Duma auch „unvermeidlich“, so meint er damit nur, unvermeidlich bei der tatsächlichen Aktion des

klassenbewußten Teils des Proletariats. Ihm scheint es, als hätte bei einem anderen Auftreten der Sozialdemokratie, einem Auftreten, welchem im allgemeinen den Gegensatz zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Proletariat jenem zwischen Absolutismus und bürgerlicher Gesellschaft mehr unterordnete, der Gang der Revolution ein anderer sein können. Die Möglichkeit, sogar Wahrscheinlichkeit davon wird niemand bestreiten. Aus dauernder Einmütigkeit der sie konstituierenden Elemente hätte die Revolution selbstverständlich größere Kraft geschöpft als aus den bald zwischen diesen hervorbrechenden inneren Kämpfen. Jedoch wir sehen die Möglichkeit einer anderen Taktik als der wirklich gefolgten nicht ein. Wie tief diese in den Verhältnissen wurzelte, davon zeugt unter anderem die vom Verfasser bezeugte einmütige Begeisterung, womit beide Fraktionen den Kampf für den Achtstundentag aufnahmen, ein Ziel, das ebenfalls in den großen Massen des Proletariats begeisterte Zustimmung fand. Dies beweist, welche elementaren Kräfte es waren, woraus die Aktion der Sozialdemokratie wie des Arbeiterdeputiertenrats geboren wurde. Der Verfasser vorliegender Schrift, dessen Darstellung uns einerseits klar vor Augen stellt, wie verhältnismäßig gering der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Massen im Revolutionssturm gewesen, macht dennoch die Sozialdemokratie als Führerin der Massenbewegung in höherem Grade für den Lauf der Ereignisse verantwortlich, als uns der objektive Tatbestand zu entsprechen scheint. Zweifellos übt die Tätigkeit des klassenbewußten Teils des Proletariats, der Sozialdemokratie, einen gewissen Einfluß aus auf seine übrige Masse, so wie die Haltung der eigentlichen Parteiführer wieder einen gewissen Einfluß auf die Tätigkeit der Partei ausübt. Jedoch die Führung in diesem doppelten Sinne ist selber nur ein Faktor, eine Kraft unter den vielen Faktoren und Kräften, welche die Ereignisse zustandebringen. Es ist einer von den wichtigsten Unterschieden zwischen revolutionären und nor-

malen Zeiten, daß in den ersteren die Rolle der Führung, wie des überlegten zweckbewußten Handelns überhaupt, ebenso sehr an Wichtigkeit abnimmt, als diejenige des spontanen Massenhandelns daran gewinnt, eines Handelns, in welchem die gewaltsam nach einem Gleichgewicht strebenden sozialen Gegensätze mit elementarer Macht hervorbrechen.

Wenn wir also auch nicht rückhaltlos der Auffassung des Verfassers zustimmen können, so freuen wir uns nichtsdestoweniger aufrichtig darüber, daß seine Schrift dem des Deutschen kundigen Leserkreis in vorliegender gewissenhafter Übersetzung erschlossen worden ist. Denn seine streng logische, aus einer einheitlichen Auffassung hervorgehende Darstellung der Ereignisse bietet den nichtrussischen Genossen eine erwünschte Gelegenheit, die Anschauungen der „Minderheits“fraktion der russischen Sozialdemokratie nicht wie bisher mehr fragmentarisch und abgerissen, sondern im Zusammenhang kennen zu lernen.

**h. Roland-holst.**

## I.

## Die Ursachen der Revolution.

Der Krimkrieg war der erste bedeutende Schlag für den russischen Absolutismus. Die völlige Untauglichkeit der gesellschaftlichen Ordnung, die damals in Rußland herrschte, die Notwendigkeit einer radikalen Umwandlung derselben wurde einleuchtend für alle Welt. Die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands konnte aber damals noch nicht diejenigen gesellschaftlichen Kräfte erzeugen, die fähig waren, das alte Regime entschieden und rückhaltlos zu beseitigen. Es fehlten die gesellschaftlichen Kräfte, die imstande waren, den Absolutismus zu vernichten und die Herrschaft der Bureaucratie zu stürzen.

Die Bureaucratie, die in den Niederlagen des Krieges und in den darauffolgenden, andauernden Bauernrevolten eine drohende Gefahr für ihre eigene Existenz sah, entschloß sich, durch Reformierung der gesellschaftlichen Ordnung sich selbst zu retten. Das Prinzip der Selbstherrschaft blieb zwar unverletzt, aber der Absolutismus wurde genötigt, im Interesse seiner Selbsterhaltung Zustände zu schaffen, die schließlich dahin führten, seinen eigenen Untergang vorzubereiten.

Die Bauernbefreiung (1861), die Errichtung der Selbstverwaltung der Gemstvos, die Reform der Justiz, der Protektionismus der Industrie gegenüber, der Bau neuer Eisenbahnen — das alles bereitete den Untergang des Absolutismus vor und schuf freie Bahnen für die kapitalistische Entwicklung, die den eng damit verbundenen erbitterten Klassenkampf ins Leben rief. Aber unmittelbar warfen diese Reformen das alte Rußland noch nicht über den Haufen, sie konnten

nicht die Herrschaft der Bureaucratie und des Feudaladels brechen, die sich für die zugestandenen Reformen sehr teuer bezahlen ließen.

Die Bauern erhielten weniger Ackerland, als sie vorher zur Nutznießung besaßen, und dieses kam ihnen teurer zu stehen, als es wert war. Auf das befreite Bauerntum wälzte sich der Absolutismus mit aller Wucht, indem er ihm durch direkte und indirekte Steuern alle Lebensäfte auszog. Die an die Wand gedrückten Bauern suchten verzweifelt nach einem Ausweg, und da lauerten auf sie die Gutsherren, um ihnen zu maßlosen Preisen Land zu verpachten, oder sie für Hungerlöhne arbeiten zu lassen.

Regierung und Feudaladel metzeiferten in der Ausbeutung der Bauern und fühlten sich darin eng verbunden. Aber diese Art der Ausbeutung, die das Bauerntum zu völliger Verelendung und zum Ruin führte, war nicht eine Kraft, die die Zukunft schafft, wie es bei der kapitalistischen Ausbeutung der Fall ist. Nur ein kleiner Teil des Einkommens, das Regierung und Grundbesitz aus den Bauern erpreßten, wurde produktiv verwendet, der größte Teil davon wurde völlig unproduktiv verbraucht. Dem Feudaladel lohnte es nicht, die höhere kapitalistische Betriebsweise in der Landwirtschaft einzuführen, da sie durch die Verpachtung ihres Ackerlandes an die Bauern, oder durch Bearbeitung desselben mittels häuerlicher Arbeitskräfte, die mit einem Hundelohn sich begnügen mußten, viel höhere Profite einheimfen konnten. Den Bauern aber fehlten Kapital und Kenntnisse, um die Bodenkultur zu heben und die Produktivität ihrer Wirtschaft zu steigern.

Mit einer Hand die Entwicklung des Kapitalismus fördernd, hemmte sie der bureaukratische Absolutismus mit der anderen. Er schuf einen Absatzmarkt für die kapitalistische Industrie, allein er schränkte ihn auch ein.

Die Beseitigung der Leibeigenschaft der Bauern, die Lockerung der Bande, die sie an die Scholle fesselten, eine ge-

wisse Bewegungsfreiheit, schließlich die Erpressung immer neuer Steuern, die die Bauern nötigten, ihr eigenes Brot zu verkaufen und Arbeit und Nebenerwerb in der Stadt zu suchen, all diese Faktoren beschleunigten einen Einfluß der Städte auf das flache Land und führten überall zur Ablösung der Naturalwirtschaft durch die Geldwirtschaft. Die Erweiterung des Eisenbahnnetzes schuf eine stete und rege Verbindung zwischen Stadt und Land und erzeugte selbst in den entlegensten Winkeln eine Nachfrage nach Produkten der städtischen Industrie. Das Dorf verwarf seine bisherige Naturalwirtschaft, und einen Teil seiner Arbeitskraft verkaufend, kaufte es für seinen erweiterten Bedarf die Produkte der Industrie. Der Übergang von Naturalwirtschaft zu Geldwirtschaft diente zunächst als ein Faktor der Beschaffung und Erweiterung des Absatzmarktes für die kapitalistische Industrie.

Aber die Erweiterung des Absatzmarktes mit Hilfe dieses Faktors mußte unvermeidlich an ihre äußersten Grenzen gelangen, und Rußland ist bereits nicht weit von diesen Grenzen entfernt: die Naturalwirtschaft ist fast überall durch die Geldwirtschaft ersetzt.

Der zweite Faktor, der den Absatzmarkt für die Industrie schuf, war die aus den Bauern erpreßte gewinnreiche Beute, infolgedessen der wirtschaftliche Bedarf der Ausbeuter wuchs und die Nachfrage nach Industrieprodukten stieg. Das Einkommen der Grundbesitzer stieg seit der Bauernbefreiung enorm. Aber die Intensität der Ausbeutung der Bauern durch Regierung und Grundbesitz, was nur auf Kosten der Konsumeinschränkung der Bauern geschah, konnte sich nur innerhalb sehr enger Grenzen fortentwickeln. Das arbeitende, Renteschaffende Bauerntum konnte nicht mit immer wachsenden Summen die Kassen der Regierung und der Grundbesitzer füllen, solange der allgemeine Ertrag, den die Bauern aus der Bodenbearbeitung zogen, nicht gleichfalls wuchs. Und so gelangen wir zum dritten, einzig sichereren Faktor der Er-

weiterung des Absatzmarktes für die Industrie, — die Entwicklung der Produktionskräfte der Landwirtschaft. Der Kapitalismus in Rußland ist noch zu schwach, um den Weltmarkt zu erobern, und die Erweiterung des Absatzmarktes für Industrieprodukte kann nur durch Entwicklung der Landwirtschaft und gesteigerte Produktivität des Grund und Bodens geschehen. Aber gerade diese Entwicklung wurde durch die maßlose Ausbeutung der Bauern seitens der Regierung und des Grundbesitzes gehemmt.

Die Bureaucratie protegierte die Industrie, mittels hoher Zölle schützte sie den inneren Markt vor der ausländischen Konkurrenz; aber diese Schutzzölle fielen als schwere Last auf die Schultern des Bauerntums, der wichtigsten, ja in den meisten Gebieten Rußlands der einzigen produktiven Klasse auf dem flachen Lande, und dienten somit nur als Hemmnis der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionskräfte. Die Bureaucratie verwendete ungeheure Geldsummen für den Bau von Eisenbahnen, allein der Bau schuf einen Absatzmarkt für die Industrie. Doch konnten die Eisenbahnen nicht als Selbstzweck bestehen; sie mußten irgend eine Bestimmung haben, um sich erhalten zu können. Die Entwicklung der Produktionskräfte in der Stadt und auf dem flachen Lande wären eine neue Quelle steigenden Ertrages für sie gewesen, der zu neuen Eisenbahnbauten hätte verwendet werden können, was wiederum neue Impulse zur Entwicklung der Industrie gegeben hätte. Die fortwährende systematische Schwächung der Landbevölkerung und die sinkende Produktivität des landwirtschaftlichen Betriebes ließen aber die Eisenbahnen nicht gedeihen, infolgedessen wurde die fortwährende Erweiterung des Eisenbahnnetzes auf Staatskosten zu einem neuen Faktor des Ruins der Landwirtschaft.

Mit Hilfe der Schutzzölle, des Eisenbahnbaues, der Staatsbestellungen gelang es der Bureaucratie, die Gunst der industriellen Bourgeoisie auf ihre Seite zu ziehen. Aber ihre

gesamte Politik führte sie zur systematischen Niederdrückung des inneren Marktes, und dadurch mußte sie schließlich in unveröhnlichen Konflikt mit den Interessen der Bourgeoisie geraten. Und als der letzte Krieg mit seinen ungeheuren Niederlagen ad oculos bewies, wie unproduktiv und gewissenlos die Bureaucratie das Volkseigentum und die Geldsummen, die sie von der Bevölkerung erpreßte, verschwendet hatte, stellte sich auch die Bourgeoisie, die bisher die intimsten Verhältnisse mit der Bureaucratie unterhielt, auf die Seite der Opposition.

Aber schon lange zuvor fingen die Unruhen gerade unter denjenigen Volksschichten an, auf welchen die Ausbeutung durch Regierung und Grundbesitz unmittelbar lastete — unter den Bauern. Die Entwicklung der Produktionskräfte wurde gehemmt und geschwächt, und das proletarisierte Bauerntum fand weder in der städtischen Industrie noch bei den kapitalistischen Unternehmungen auf dem Lande eine genügende Verwendung seiner stets wachsenden Arbeitskraft. Infolgedessen konzentrierten sich alle seine Bestrebungen auf die Aneignung von Grund und Boden, und indem es die Grundbesitzparasiten von der Erbscholle abzuschütteln und sich deren Grundrente zu bemächtigen bestrebt war, wurde es zu einem mächtigen Faktor des ökonomischen Fortschritts.

Um für das Einkommen der Landwirtschaft eine produktive Anwendung finden und es zu neuen Quellen der Entwicklung der Produktionskräfte umwandeln zu können, müßte das Land dem Bauerntum, der wichtigsten, ja in mehreren Gebieten der einzigen produktiven Klasse auf dem flachen Lande, zur Verfügung stehen.

Das will aber nicht sagen, daß das Bauerntum, obwohl es an dem Erfolg der auf den Absolutismus heranstürmenden Revolution am ersten und am meisten Interesse hatte, die Avantgarde und Haupttriebkraft in dieser Revolution bildete. In dieser letzteren Rolle tritt hauptsächlich die

professionelle Intelligenz hervor, als deren bewegende Kraft das Proletariat zu betrachten ist.

In der heutigen Gesellschaft bilden sich breite Schichten der erwerbstätigen Intelligenz, die ihre professionellen Interessen haben, die aber gleichzeitig den Interessen verschiedener Klassen der Bevölkerung zu dienen genötigt sind. Diese Reihen der Intelligenz rekrutierten sich teils aus Vertretern derjenigen Klassen, die nicht nur durch Verkauf ihrer intellektuellen Arbeitskraft, sondern auch durch Ausbeutung fremder Arbeitskräfte ihr Auskommen fanden; der größte Teil aber dieser Schichten fand ihren Erwerb ausschließlich in professioneller intelligenter Tätigkeit.

In der seit der Bauernbefreiung verflossenen Zeitperiode wuchs die professionelle Intelligenz sehr stark an.

Zunächst bildete sich auf dem Boden der Institutionen der Semstwo-Selbstverwaltung eine weite Schicht sogenannter Semstwo-Intelligenz. Die höheren Posten der Semstwo-beamten, die Vorsitzenden und Abgeordneten, rekrutierten sich aus dem einheimischen Adel. Aber neben diesen bildeten sich verschiedene Gruppen wie Ärzte, Lehrer, Agronomen, Statistiker usw.

Die obersten Schichten der Semstwoorganisation waren dem Adel entnommen, schon vermöge der Semstwoverfassung, und das mußte dieser Organisation einen gewissen Klassencharakter aufprägen. Aber auch diese höheren Schichten waren keineswegs die wirklichen Vertreter der Interessen des Junkertums. Die adligen Semstwoabgeordneten wurden von den Junkern nicht zur Vertretung ihrer Interessen, sondern für reine Kulturzwecke gewählt. Daher erklärt sich, warum diese Semstwovertreter des Junkertums zu dessen Abtrünnigen und nicht zu seinen Führern geworden sind, sobald die Zeit der erbitterten Klassenkämpfe heranrückte. Mittels der Kadettenpartei vereinigten sie sich mit der gewerblichen Intelligenz zu einer gesellschaftlichen Kraft und traten in Antagonismus zur gesamten Mehrheit der Junkerklasse.

Was drängte die Vertreter der Semstwointelligenz in Opposition zum Absolutismus? Zunächst jene Kulturtaätigkeit, die ihr Beruf wurde und die stets auf Hindernisse seitens der absolutistischen Bureaucratie stieß, die immer bemüht war, die Semstwo-tätigkeit unter ihre kleinliche schikanierende Kontrolle zu stellen. Ihre oppositionelle Stellung zum Absolutismus entfaltete sich allein aus dem Bestehen der Selbstverwaltung der Semstvos, aus der Notwendigkeit, diese vor den ständigen Angriffen der Bureaucratie zu schützen, die ihren Wirkungskreis zu beschränken und auf ein unbedeutendes Minimum herabzusetzen bestrebt war.

Besonders wurde die besitzlose Semstwointelligenz, das sogenannte „dritte Element“, zum Gegenstand besonderer Verfolgungen seitens der Bureaucratie; da dieses in unmittelbarer Nähe zum Volke stand und infolgedessen notwendigerweise seinen geistigen Einfluß auf das Volk ausübte, so galt es als eine beständige Gefahr für die Bureaucratie. Die Unmöglichkeit aber, die Semstwowirtschaft ohne Mitwirkung dieses „dritten Elementes“ zu betreiben, schweißte alle Schichten der Semstwoorganisation in ihrem gemeinsamen Kampfe gegen die Bureaucratie nur um so mehr zusammen.

Schließlich stellte sich die Semstwointelligenz in Opposition zum Absolutismus vermöge ihrer der gesamten Intelligenz zu eigen gewordenen Bestrebung nach Freiheit in Wort und Schrift, nach Ermöglichung einer Kulturtaätigkeit, mag diese ihrem geistigen Inhalt nach in sich eine noch so verschiedene sein. Die Semstwoopposition, die als Repräsentantin jener, zur Entwicklung der Produktionskräfte eines Reiches unerläßlichen Kulturarbeit auftrat, erschien in ihrem Kampfe gegen die Bureaucratie als eine progressive Macht der bürgerlichen Gesellschaft, die ihre Produktivkräfte von den Fesseln des herrschenden Absolutismus zu befreien suchte.

Hand in Hand mit der Semstwointelligenz ging die städtische Intelligenz, die infolge der Entwicklung des Kapitalismus und der Großstadt zu einem ungeheuren Wachs-

tum gelangte. Diese gesellschaftliche Schicht, die der politischen Freiheit schon kraft des eigentlichen Charakters ihrer Berufstätigkeit bedarf, verlangte mehr als irgend eine andere nach ökonomischer Fortentwicklung Rußlands, um für ihre eigenen Kräfte Beschäftigung zu finden. Sie hatte ihr direktes, unmittelbares Interesse daran, daß der Klassenkampf sich in freien, parlamentarischen Formen vollziehe, da nur unter dieser Bedingung die Intelligenz im Dienste der verschiedenen Klassen zu einer einflußreichen, gesellschaftlichen Schicht werden konnte.

Die Unterdrückung, die Willkür und Gewalt der Regierung und ihres Beamtentums drückte auf die Bauern, auf die Intelligenz, am stärksten aber fühlte diesen Druck das Proletariat.

Zu seinem Zukunftsideal konnte es nur auf Grund eines unaufhörlichen Kampfes mit der Kapitalistenklasse gelangen. Aber um diesen Kampf zu führen, bedurfte es einer vollkommenen politischen Freiheit. Seine Klassenlage drängte es zu spontanen Ausbrüchen ökonomischer Kämpfe gegen den Kapitalismus, wobei es stets auf Hemmnisse in Gestalt der absolutistisch-polizeilichen Staatsordnung stoßen mußte.

Infolgedessen ist es wohl begreiflich, daß die ökonomischen Kämpfe sich unvermeidlich und mit Notwendigkeit in politische umwandeln. So standen auf der einen Seite die absolutistische Regierung und die Kapitalisten, auf der anderen das Proletariat. Die sich entwickelnden Kämpfe des Proletariats lockerten den Bund zwischen Absolutismus und Bourgeoisie. Die absolutistische Regierung erwies sich als machtlos, die proletarischen Bewegungen zu erdrücken; ihre Versuche, das Proletariat auf den Weg der Subatow'schen\* Politik

\* Sergius Subatow, ein ehemaliger Revolutionär, nachher Gendarmeriechef in Moskau, war der Urheber einer Art von Polizeitsozialismus, der der revolutionären Arbeiterbewegung entgegenzuwirken

zu locken, um die Massen von der politischen Bewegung abzulenken, reizten diese zu ökonomischen Kämpfen gegen den Kapitalismus, und somit geriet die Regierung in schroffen Gegensatz zu den Interessen der Bourgeoisie. Schließlich äußerten sich die proletarischen Kämpfe, die aus Mangel an politischer Freiheit sich nicht in organisierten zweckmäßigen Formen bewegen konnten, in Gestalt ungeheurer spontaner Streikausbrüche, die man nie voraussehen konnte und denen nie vorzubeugen war; und je häufiger und ausgedehnter diese wurden, um so mehr verletzten sie die Industrie in Verlegenheit und in eine unsichere Lage. Immer mehr mußte die Bourgeoisie sich überzeugen, daß es in ihrem eigenen Interesse lag, dem unabwendbaren proletarischen Klassenkampfe freie Bahnen und solche politische Zustände zu schaffen, wie sie in Westeuropa bestehen.

Der Absolutismus fühlte sich nach der Bauernbefreiung fürs erste erstartet. Auf lange Zeit hatte er alle Bevölkerungsschichten auf seiner Seite, mit Ausnahme eines kleinen Haufens der Intelligenz. Hinter der Regierung standen die dankbaren Bauern, die anfangs den Behörden diejenigen „Aufwiegler“ auslieferten, die sie zur politischen Tätigkeit heranzuziehen versuchten. Auf ihrer Seite stand auch das gesamte Junkertum, das unter ihrer Mitwirkung die unverschämteste Ausbeutung der Bauern betrieb. Auf ihrer Seite stand die Bourgeoisie, die unter ihrem Schutze ihre Tätigkeit entfaltet. Friedlich verhielten sich zur Regierung auch die Massen der Intelligenz, die weitere Reformen erwarteten und auf die Erfüllung ihrer „sinnlosen Schwär-

bezweckte. Die von ihm im Jahre 1901 geschaffenen sogenannten „unabhängigen“ Organisationen, die unter dem Protektorat der Gendarmerie standen und ausschließlich ökonomische Aufgaben haben durften, nahmen im Prozesse der Bewegung immer mehr einen politischen Charakter an. Der siegreiche Aufstand in Südrußland im Jahre 1903 wuchs aus den von den „unabhängigen“ Organisationen veranstalteten „ökonomischen“ Streiks empor. (Siehe S. 16.) Der Übersetzer.

mereien"\* hofften, und ebensowenig feindselig gegen sie waren die in den Städten entstehenden Massen des Proletariats während der siebziger und achtziger Jahre.

Aber die unerbittliche Logik der ökonomischen Entwicklung brachte es dahin, daß schließlich alle diese Bevölkerungsschichten, mit Ausnahme des Feudaladels, sich feindselig gegen die Regierung stellen mußten.

Die wichtigste Rolle innerhalb dieses Teils der gesellschaftlichen Kräfte, der sich gegen den Absolutismus aufbaute, spielte zweifellos die Arbeiterklasse.

\* Als „sinnlose Schwärmereien“ bezeichnete Alexander III., dem auch Nikolaus II. in der Rede nach seiner Thronbesteigung nachhinkte, die konstitutionellen Hoffnungen der Semstwo, die sie seit der Bauernbefreiung hegten.

## II.

Vor dem 22. Januar 1905.

Ende der siebziger Jahre trat die sozialistisch gesinnte Intelligenz, der der Absolutismus als das mächtigste Hindernis zur Fortentwicklung ihrer Berufstätigkeit im Wege stand, mit diesem in einen verzweifelten Kampf. Das Ende dieses Kampfes war eine Niederlage der Sozialisten, da sie das Volk nicht hinter sich hatten.

Eine Epoche finsterner Reaktion trat darauf ein. An Stelle der vorherigen kampfesmutigen Stimmung der Intelligenz trat eine niedergedrückte, verworrene ein. Die einen wurden vom Tolstoismus, von seiner Lehre der persönlichen Bervollkommnung, hingerissen. Die anderen suchten in ihrer revolutionären Tätigkeit durch Propagieren „kleiner Taten“ einen Ersatz. Die Reihen der terroristischen Organisationen lichteteten sich, und am Ende der achtziger Jahre löste sich die Partei der „Narodnaja Wolja“ selbst offiziell auf. Aber gerade zu dieser Zeit waren die sozialdemokratischen Vereine, die sich die Propaganda unter dem Proletariat zur Aufgabe machten, im Entstehen begriffen. Der Untergang der „Narodnaja Wolja“ zeigte, daß die Intelligenz nicht imstande ist, den Absolutismus zu besiegen, wenn sie sich nicht auf die Massen stützen kann. Die sozialistisch gesinnte Intelligenz begann daher sich an die proletarische Arbeiterschaft zu wenden, an diejenige Klasse, die, wie die Erfahrung in Westeuropa es zeigte, als der einzige natürliche Träger des Sozialismus und der eigentliche Vorkämpfer für die politische Freiheit auftrat. Die damals entstandene Gruppe „Dswoboschdenije Truda"\* (Befreiung der Arbeit), die die sozia-

\* Begründet von G. Plechanow, Axelrod, W. Cassulitsch, L. Deutsch.

listisch gesinnte Intelligenz zur Propaganda unter den proletarischen Massen aufforderte, täuschte sich in ihrer Voraussicht nicht: mitten in der Grabesstille der finsternen Reaktion der achtziger und Anfangs der neunziger Jahre wuchs und formte sich in Gestalt des Proletariats jene politische Macht, die schließlich eine festere, tiefere politische Bewegung hervorrief, als sie Rußland Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre erlebte.

Freilich wäre es irrtümlich, das Aufkeimen dieser Macht ausschließlich der Propaganda der sozialistischen Intelligenz zuzuschreiben. Eine ungeheuer große Bedeutung gewannen dabei die beginnenden großen ökonomischen Kämpfe des Proletariats, wodurch es systematisch in politische Kämpfe verwickelt wurde. Selbst auch ganz ohne Einwirkung der sozialdemokratischen Propaganda wäre das Proletariat schließlich in den politischen Kampf gegen den Absolutismus hineingezogen worden. Die sozialdemokratische Propaganda beschleunigte nur einerseits diesen Prozeß, andererseits gab sie der Arbeiterbewegung einen ausgeprägteren Klassenbewußten Ausdruck.

Das erste bedeutende Auftreten der proletarischen Bewegung war der Weberstreik in Petersburg 1896, an dem 30 000 Arbeiter beteiligt waren, eine bisher in Rußland noch unbekannte Erscheinung. Dieser Streik hatte einen kolossalen Charakter, aber trotzdem hatte er auch eine ganze Bevölkerung die Solidarität der Arbeitermassen und die in ihnen erwachte Entschlossenheit zum Kampfe; er machte den Zusammenstoß zwischen der heranwachsenden Macht der Massen und dem Regime der politischen Unterdrückung und Rechtlosigkeit unvermeidlich.

Ende der neunziger Jahre entstand die Studentenbewegung, die alle Universitäten umfaßte. In dieser Bewegung, die ihren kolossalen Dimensionen nach alle bisher dagewesenen studentischen Bewegungen weit übertrafen hat, war zweifel-

los der Einfluß der sich entwickelnden Arbeiterbewegung zu merken. Man spürte diesen Einfluß selbst in dem Charakter jener Forderungen, die die Studentenschaft der Regierung stellte. Die Regierung antwortete auf diese studentische Bewegung mit einer Verordnung, die auffälligen Studenten zwangsweise in den Militärdienst zu stellen. Diese Maßregel rief eine gewaltige Aufregung unter allen Gesellschaftsschichten hervor, und anfangs 1900 durchzuckte ganz Rußland eine Welle politischer Demonstrationen. Freilich, wenn wir hieran den Maßstab der jüngsten Bewegung in Rußland anlegen wollten, so würden sie uns geringfügig erscheinen.

Der allgemeine Charakter dieser Demonstrationen war in der Regel folgender: Ein paar hundert Studenten entrollten rote Fahnen, sangen revolutionäre Lieder oder hielten revolutionäre Reden; ringsum häufte sich sehr bald ein Volkshaufen, der zum Teil sympathisierte, zum Teil aber aus Neugierigen bestand. Bald darauf rückten Polizisten und Kosaken an, und das grausame, schon oft beschriebene schonungslose Gemetzel begann.

Aber als Anfang der Bewegung hatten diese Demonstrationen eine große Bedeutung, um so mehr, da an den meisten dieser Demonstrationen die Arbeiter sich beteiligten. Die politische Bewegung verlor ihren früheren rein intelligenten Charakter, sie fing an, eine Massenbewegung zu werden. Die Arbeitermassen wurden auf diese Weise langsam in den politischen Kampf hineingezogen.

Die Maiseier in Charlów im Jahre 1900 kann als leuchtendes Beispiel dazu dienen. Ganz unerwartet beteiligte sich an dieser Maiseier fast die gesamte Charłower Arbeiterschaft, die ihre Solidarität durch eine allgemeine Arbeitseinstellung kundgab. Es streikten insgesamt zirka 15 000 Arbeiter. Der Streik fand unzweifelhaft unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Organisation und auf deren Initiative statt.



Diese Bewegung trug freilich keinen ausdrücklich politischen Charakter und hatte überhaupt nur symptomatische Bedeutung, die auf das Heranwachsen einer oppositionellen Strömung unter den breiten Arbeitermassen hinwies. Wie es im Anfang zu gehen pflegt, so trat auch unter den Arbeitern Charkows eine rückläufige Bewegung ein, nachdem die Energischsten und Aktivsten aus ihrer Mitte von der Polizei ausgejätet worden waren. Unter den Arbeitern der Eisenbahnwerkstätten, die 1900 an der Spitze der Bewegung standen, setzte sogar eine reaktionäre Stimmung ein. An den Julistreit von 1903, der sich über ganz Südrussland verbreitete, schloß sich das Proletariat Charkows nicht an; die Bewegung des Petersburger Proletariats am 22. Januar 1905 fand in Charkow einen viel schwächeren Widerhall als in den anderen Großstädten Russlands.

Sinen viel stärker sich abhebenden politischen Charakter hatte anscheinend der Streik der Arbeiter Kostows im November 1902. Die Bedeutung der Kostower Bewegung ist häufig in unserer Partei übertrieben und als zielbewusstes Auftreten gepriesen worden. Diese Illusion wurde aber durch den Verlauf der Bewegung in Kostow zertrübt. Durch den Streik aus den Geleisen geraten und in diesem Moment von kampfesmutiger Stimmung ergriffen, hörten die Arbeitermassen Kostows sehr gern die politischen Reden der sozialdemokratischen Redner, denen sie sogar nicht ohne eine gewisse Tapferkeit die Möglichkeit, auf den Volksmeetings Reden zu halten, verschafften. Diese Massen waren aber weit entfernt davon, die von den sozialdemokratischen Rednern aufgestellten Forderungen tiefer in sich aufzunehmen. Die polizeilichen Verfolgungen genügten auch hier vollständig, um das Anwachsen dieser Bewegung im Keime zu ersticken; der 22. Januar 1905 fand das Proletariat Kostows auf einer sehr niederen Stufe der politischen Reife und des Klassenbewußtseins.

Der Streik in Kostow mit seinen Massenversammlungen unter freiem Himmel fand im November 1902 statt, kaum

nach einem Jahre, im Juli bis August 1903, entflammte der Streik im Süden. Baku, Tiflis, Odessa, Kiew, Jekaterinoflaw und andere Städte wurden von dem Generalstreik ergriffen. Wera Sassulitsch schildert in einem Artikel „Was sagen uns die Julitage“ in der „Iskra“\* diese Streikbewegung wie folgt, indem sie sich auf die Berichterstattung eines Genossen aus Kiew beruft:

„So etwas hat Rußland, und ich glaube sogar auch Westeuropa noch nie gesehen.“ Als „etwas Neues in der Weltgeschichte“ erscheint hier „die absolute Solidarität aller Arbeiter, ohne Unterschied von Beruf und Nationalität. Es streiken wie ein Mann alle Arbeiter, von den gutsituierten Berufsclassen herab bis auf die niedrigsten Schichten der Lastträger. Es stockt der Dampfschiffs- und der Eisenbahnverkehr, die elektrische und Gasbeleuchtung ist ausgelöscht, es streiken die Handlungsgehilfen der großen Magazine, es stockt die Straßenbahn, die Zeitungen erscheinen nicht, Brot und Lebensprodukte steigen rapid im Preise, die Bauten ruhen; in Baku ist die Wasserversorgung zum Stillstand gebracht. In Westeuropa sind solche Streiks noch nie dagewesen, trotz eines halben Jahrhunderts der Geschichte der sozialistischen Bewegung, der sozialdemokratischen Organisation und der politischen Freiheit.“

Diese Schilderung und Beurteilung der Julistreibewegung ist übertrieben, aber dessen ungeachtet hat diese in Rußland wirklich noch nie dagewesene Erscheinung auf die breiten Kreise unserer Partei einen starken Eindruck gemacht. Es ist Unsinn, eine „absolute Solidarität“, die angeblich als „etwas Neues in der Weltgeschichte“ gelten soll, bei den Arbeitern Südrusslands während des Julistreiks von 1903 anzunehmen. Absolute Solidarität war überhaupt nicht möglich in einer Bewegung, die ebenso spontan erlosch, wie sie spontan entstand. In den tagtäglich organisierten Kämpfen der Arbeiterklassen Westeuropas,

\* Iskra (Der Funke), das sozialdemokratische Parteiblatt.

in jener Geschultheit und Disziplin, von welchen die Arbeiterbewegung dort durchdrungen ist, äußert sich, wenngleich keine „absolute“, so doch allerdings eine viel stärkere Solidarität, als unter den Arbeitern Rußlands. Nicht in Momenten extravaganter Aktionen, sondern fortwährend, in ihren unausgesetzten Kämpfen fühlen sich die Arbeiter dort als Mitglieder einer großen kämpfenden Armee, und in den entwickelteren Ländern ist der größte Teil der Arbeiter in gewerkschaftlichen Verbänden und politischen Parteien organisiert. Tritt ein Moment der politischen Aktion ein, so stehen die Arbeitermassen bereit, die Losung ihrer Führer abwartend, und treten dann erst auf, aber nicht nur einig in Reihe und Glied, sondern auch zielbewußt und für eine bestimmte Losung. Nichts von diesen Merkmalen hatte der Julistreik zu verzeichnen.

In Odeffa zum Beispiel entstand damals der Streik dank der Subatowschen Organisationen\*, und erst in seinem weiteren Verlauf gelang es der Sozialdemokratie, in gewissem Grade den Streik zu beeinflussen; die ganze Zeit hindurch hatte ein erbitterter Streit zwischen den beiden Organisationen stattgefunden. In einer Volksversammlung im Walde von Odeffa, an der sich 2000 bis 3000 Arbeiter beteiligten, entbrannte ein heftiger Kampf zwischen den Sozialdemokraten und den „Unabhängigen“: „Man stritt leidenschaftlich; die sozialdemokratischen Redner wurden von den ‚Unabhängigen‘ niedergebrüllt, die ‚Unabhängigen‘ wiederum von den Sozialdemokraten zum Stillschweigen gebracht.“ („Iskra“, Nr. 46.) — „Einige sozialdemokratische Redner begaben sich am 18. Juli abends in eine Versammlung der ‚Unabhängigen‘, wurden aber von verkleideten Spitzeln durchgeprügelt, einige von ihnen der Polizei ausgeliefert. Die Proklamationen wurden zumeist von der Menge ungelesen zerrissen.“ (Dasselbst.) — Am Morgen desselben Tages gelang es einigen sozialdemo-

\* Die Anhänger der Subatowschen Organisationen wurden auch „Unabhängige“ genannt.

kratischen Rednern, der Stimmung einer Arbeitermenge von 30 000 bis 40 000 Mann Herr zu werden, deren Sympathien zu gewinnen und gegen die Redner der „Unabhängigen“ standzuhalten.

Ein Berichterstatter aus Jekaterinoslaw beschreibt in einem Briefe an die „Iskra“ (Nr. 48) verschiedene während des Julistreiks abgehaltene Versammlungen, wo die Massen sehr selten politische, sehr häufig aber „ökonomische“ Reden anhören wollten; die Redner mußten den dringenden Forderungen der Massen nachgeben. — Es ist dabei zu bemerken, daß unsere parteigenössischen Agitatoren ultrapolitisch waren; Zeit und Kräfte der Behandlung rein ökonomischen Fragen zu widmen, betrachteten sie fast als einen Verrat an der Sozialdemokratie.

Ein äußerst charakteristisches Bild der Stimmung der Arbeitermassen während des berühmten Julistreiks von 1903 gibt ein Brief an die „Iskra“ aus Kiew: „Viele Arbeiter streifen, ohne irgendwelche Forderungen aufzustellen. Als man zum Beispiel die Wagenführer der Straßenbahnen nach ihren Forderungen fragte, da antworteten sie: ‚Wir wollen nichts!‘ — ‚Weshalb streift ihr denn?‘ — ‚Ja, gestern wurden Streikende am Bahnhof erschossen, heute wollen wir nicht arbeiten.‘ Noch zu Anfang des Streiks, noch vor der Niederschießung war unter den Streikenden das Element eines politischen Protestes bemerkbar. Eine instinktive Unzufriedenheit mit der herrschenden Staatsordnung bewegte die meisten unter ihnen und diente ihnen als eigentlichen Anlaß zum Generalstreik. Diese Unzufriedenheit wurde äußerst verschieden formuliert. ‚Warum streift man hier?‘ fragte ich am ersten Tage des Streiks einen Droschkenfutcher. ‚Ja, ist es denn möglich, auszuhalten und nicht zu rebellieren,‘ antwortete dieser, ‚in den Fabriken sind Unterdrückungen und Schindereien üblich, und überall herrscht Unverschämtheit.‘ Diese Worte charakterisieren die allgemeine Stimmung am zutreffendsten.“ („Iskra“, Nr. 47.)

Arbeiter, die organisiert ihren Kampf mit den Kapitalisten führen, werden nie ihre Arbeit einstellen, ohne ein bestimmtes Ziel vor sich zu haben. Wenn aber die Arbeiterbewegung keinen normalen Ausweg findet, wenn die politischen Zustände es verhindern, daß sie in eine entsprechend organisierte Form übergeht, so muß sie in ihrem naturnotwendigen Anwachsen alle absolutistisch-polizeilichen Hindernisse aus dem Wege zu räumen suchen.

Die Julistreikbewegung in Südrußland hatte zweifellos einen spontanen Charakter; die kolossalen Dimensionen, die sie annahm, gaben ihr eine politische Bedeutung. Aber um die absolutistisch-polizeiliche Regierung zu besiegen, war der Grad politischen Bewußtseins des russischen Proletariats während der Streikbewegung in Südrußland im Juli 1903 noch bei weitem ungenügend. In Nordrußland war dieser Grad des Bewußtseins noch viel niedriger. Das Proletariat Petersburgs war einzig und allein der südrussischen Arbeiterbewegung annähernd gewachsen. Moskau aber und die sie umgebenden Industrieregionen galten als ein von der Bewegung ganz unberührt gebliebenes Gebiet. Kiew und seine 15 000 bis 20 000 Arbeiter wurde damals von unserer Partei als eine der bedeutendsten politischen Zentren, Moskau jedoch mit seinen mehreren Hunderttausenden von Proletariern als eine völlig unbedeutende Größe betrachtet.

Der äußerst geringe Einfluß der Partei auf das Proletariat und der noch sehr niedrige Grad politischer Reife und politischen Bewußtseins desselben kam scharf während des sogenannten „Frühlings“, in der Ara Swjatopolk-Mirskys, dem Nachfolger Plehwes, zum Vorschein.

Unter dem Eindruck der Kriegsniederlagen im fernem Osten regte sich die Bourgeoisie, begann auch die Intelligenz ihr Haupt zu erheben. Das Vertrauen zu der Regierung sank fortwährend, selbst unter den weitesten Bevölkerungskreisen. Der neue Kurs der Regierung nach der Ermordung Plehwes führte zum offenen Auftreten der Bourgeoisie und der In-

telligenz mit politischen Forderungen, Petitionen, Resolutionen und Wünschen.

Die Novemberkonferenz der Semstwoleute, die politischen Bankette, die Sitzungen der Stadtverordneten und der Semstvos unter Beteiligung des privaten Publikums, mit darin gehaltenen politischen Reden und Resolutionen, waren ein Ausdruck der angehäuften Unzufriedenheit mit der Herrschaft der Bürokratie, der Forderung nach freien, konstitutionellen Verhältnissen. Die politischen Forderungen, die man auf den Banketten der Intelligenzen, der Semstvos und der Städteverwaltungskorporationen aufgestellt hatte, waren nicht von hohem Schwunge und nicht besonders demokratisch; doch konnte es ja auch weder das eine noch das andere sein, da an dieser Bewegung die Arbeiterschaft keinen Anteil nahm, sie nicht vorwärts drängte.

Wir haben bereits gesehen, wie niedrig der Intellekt des Proletariats während des Julistreiks war. Die Forderungen der sozialdemokratischen Partei waren nur der Elite der Arbeiterschaft zugänglich, die gesamte Masse des Proletariats begriff sie nicht, sie konnte sich nicht zielbewußt auf ihre Seite stellen. Die klassenbewußten Elemente im Proletariat waren keine ständigen Führer der Massen, sondern nur in Zeiten der allgemeinen Bewegung und Aufregung traten die letzteren mit ihnen auf dem Boden des gemeinsamen Kampfes zusammen, wobei die Massen sich instinktiv unter ihre Führerschaft stellten.

Die Erinnerung, daß in Momenten allgemeiner Aufregung die sozialdemokratischen Redner Tausende und sogar Zehntausende von Arbeitern scheinbar auf ihrer Seite hatten, schuf in der Partei eine Illusion, als ob sie eine anerkannte geistige Vertreterin der proletarischen Massen sei und in deren Namen auftreten könne. Die Folge davon war, daß die Parteigenossen manchmal in eine sehr tragische Lage gerieten, wenn sich plötzlich herausstellte, wie es zum Beispiel in Nostow der Fall war, daß dieselben Tausende

von Arbeitern, die unlängst sich der Sozialdemokratie angeschlossen, jetzt auf einmal nicht nur ihnen zu folgen sich weigerten, sondern in ein „konservatives Element“ sich verwandelten. („Iskra“ Nr. 92, 1905.)

Eine derartige zweifellos tragische Situation erlebte die Partei während der „Frühlingsära“ von Smjatopolk-Mirskij. Die Notwendigkeit des Auftretens des Proletariats wurde immer dringender, was auch in der Partei erkannt wurde, dem Proletariat aber war diese Notwendigkeit noch nicht bewußt; im Proletariat reifte damals derjenige Prozeß, der es nach einiger Zeit zu einer Aktion führen mußte, deren Formen für die Partei ganz unerwartet waren. Die Partei maß sich und dem Proletariat eine der Wirklichkeit nicht entsprechende Bedeutung bei. Infolgedessen wurden die Sozialdemokraten von den Vertretern der liberalen und demokratischen Kreise gehänselt und verhöhnt. „Wo ist eigentlich euer Proletariat,“ fragten sie uns bissig und giftig, „warum tritt es denn nicht auf?“

Fanden damals denn nun wirklich keine Aktionen des Proletariats statt?

Doch! die Parteileitung proklamierte den sogenannten Feldzug gegen die Semstwo. Gedacht war es als eine Einmischung des Proletariats in die liberale Bewegung, um diese wenigstens zum Teil für sich zu gewinnen, oder ihren gemäßigten Programmen und Forderungen die der Sozialdemokratie entgegenzusetzen. In Wirklichkeit aber nahm das Proletariat in seiner Masse keinen Anteil daran. Der ganze „Feldzug“ mußte sich darauf beschränken, daß auf den Banketten der Liberalen die sozialdemokratische Intelligenz, von einem kleinen Haufen fortgeschrittener Arbeiter begleitet, zu erscheinen pflegte. Diese „Aktionen“ trugen zwar sehr viel Aufregung und Animosität in die liberalen Kreise hinein, konnten aber keinen ernstlichen Einfluß weder auf die Liberalen noch auf die Regierung ausüben. Wenn wir jetzt einen Rückblick auf diesen „Feldzug“ werfen, so erscheint er uns klein und

unbedeutend im Vergleich mit der historischen Bewegung des 22. Januar, die so unerwartet entstand und kein bestimmtes Ziel und keinen auch noch so geringen Druck auf die Liberalen auszuüben sich vorgesetzt hatte, die jedoch ungeahnt den weiten Kreisen des Liberalismus und der Demokratie einen heftigen Ruck nach links versetzte, in der Richtung radikalerer, entschlossener, demokratischer Forderungen. Hier traten wenigstens Arbeitermassen auf, wenn auch nicht in der von der Sozialdemokratie gewünschten Form. Dagegen war dies im Semstwowfeldzug nicht der Fall gewesen.

Während des November und Dezember (1904) wurde die Befreiungsbewegung nur durch einige Straßendemonstrationen in Petersburg (28. November) und in Moskau (5. und 6. Dezember) unterstützt. Beide Demonstrationen, an denen ausschließlich Studenten beteiligt waren, wurden von der Polizei auf die grausamste, brutalste Weise unterdrückt.

Die reaktionäre Presse führte einen erbitterten Kampf gegen die Konzessionen seitens der Regierung den politischen Forderungen der liberalen Gesellschaftskreise gegenüber. Die Überflüssigkeit solcher Konzessionen suchte sie durch die Behauptung zu begründen, daß das Häuflein Liberaler kein Volk hinter sich habe.

Die Regierung erließ am 12. Dezember 1904 einen Ukas, worin sie die Einführung von Reformen, mit deren Ausführung sie bereits das vereinigte Ministerium beauftragt hatte, versprach. Gleichzeitig aber wurde ein besonderes Regierungsgommunique veröffentlicht, worin der Bevölkerung empfohlen wurde, sich davor zu hüten, „die unerschütterlichen, ursprünglichen Grundlagen der Regierungsordnung“ zu verletzen, und in dem die Regierung drohte, etwaige Prozeffionen, Volksaufläufe und Zusammenrottungen mit aller Schärfe der ihr zur Verfügung stehenden „gesetzlichen“ Mittel zu unterdrücken.

Der Moment schien kritisch zu werden, als die Blicke aller der Befreiungsbewegung Getreuen sich mit Furcht und Hoff-

nung auf das Proletariat richteten. Das weitere Schicksal der Befreiungsbewegung hing augenscheinlich davon ab, ob das Proletariat seine Stimme laut werden ließ oder nicht.

Und das Proletariat erhob seine Stimme. Dank einer zufälligen, aber höchst bedeutungsvollen Konstellation der Ereignisse entflammte am Morgen nach der Veröffentlichung des Ukases der Streik in Baku, der zu einem Generalstreik sich ausdehnte. Das war natürlich noch viel zu wenig im Verhältnis zu dem, was dieser kritische Moment erheischte, doch war es ein Vorzeichen derjenigen Bewegung, die einen Monat später ganz Rußland durchzuckte.

Ende Dezember 1904 fand in Odessa auf Anordnung des Parteivorstandes der russischen sozialdemokratischen Partei eine Zusammenkunft der Vertreter und Agitatoren statt, um die nächste Taktik zu beraten. Es wurde dort das Mißlingen des Semstwofeldzugs konstatiert und eine neue Aktion des Proletariats geplant, die zum 19. Februar vorbereitet werden sollte. Noch ehe die Delegierten von dieser Zusammenkunft nach Hause zurückkehrten, setzte in Petersburg diejenige Bewegung ein, die unter dem 22. Januar 1905 in der Geschichte eingetragen ist.

## III.

## Dom 22. Januar bis zum 31. Oktober 1905.

## Die Petition der Petersburger Arbeiter.

„Kaiser! Wir, die Arbeiter, unsere Kinder, Frauen, unsere schwachen, greisen Eltern sind zu Dir gekommen, um Gerechtigkeit und Schutz zu suchen. Wir sind verarmt, unterdrückt, von unerträglicher Arbeit belastet, wir sind verschmährt, wir sind nicht Menschen, wir sind Sklaven, die schweigend ihr Schicksal ertragen müssen. Wir haben lange stumm gelitten, und doch werden wir immer tiefer in den Sumpf der Armut, Rechtlosigkeit und Unwissenheit gestürzt. Despotismus und Willkür wollen uns ersticken, und wir gehen zugrunde. Wir haben keine Kräfte, es weiter zu ertragen. O Kaiser! unsere Geduld ist zu Ende. Wir sind in die Lage geraten, wo der Tod besser ist, als die Fortsetzung solch unerträglicher Dual. Und siehe, wir haben unsere Arbeit eingestellt und unseren Arbeitsherren erklärt, daß wir die Arbeit nicht aufnehmen, ehe unsere Forderungen erfüllt sind. Wir verlangen nicht viel: Wir wollen nur dasjenige, unter dessen Entbehrung das Leben — kein Leben, sondern ein ewiges Zuchthaus, eine ewige Dual ist.

Unsere erste Bitte war die, unsere Arbeitsherren möchten unsere notdürftige Lage gemeinsam mit uns beraten, aber das wurde abgelehnt. Solches Recht wurde uns abgesprochen unter dem Vorwand, es widerspreche den Gesetzen. Als ungeseklich erklärte man auch unser Verlangen, den Arbeitstag auf acht Stunden herabzusetzen, die Löhne für unsere Arbeit mit unserer Bewilligung und gemeinsam mit uns festzusetzen, die Differenzen zwischen uns und der Fabrikadministration gerecht zu untersuchen, Minimallohne bis auf 1 Rubel pro Tag festzusetzen, uns rücksichtsvolle, ordentliche und uns nicht beleidigende ärztliche Behand-

lung zu gewähren, unsere Werkstätten so hygienisch einzurichten, daß man wenigstens dort arbeiten könne, und sich nicht durch Regen, Schnee und Zugwinde zu Tode erkälte. All diese Forderungen gelten unseren Arbeitgebern als gesetzwidrige, all unser Verlangen als verbrecherisch, unsere Ansprüche auf Hebung unserer Lage als eine Vermessenheit, als eine Beleidigung gegen unsere Arbeitsherren.

O Kaiser! Unserer sind hier mehrere Tausende, aber das sind alles Menschen bloß dem Scheine nach, bloß nach außen hin: in Wirklichkeit werden uns, wie dem ganzen Volke, keine Menschenrechte zuerkannt, kein Recht, frei zu reden, zu denken, kein Recht, uns zu versammeln, unsere Lage zu beraten, oder Maßnahmen zu deren Besserung zu suchen. Wir sind geknechtet, geknechtet unter dem Zutun Deiner Beamten. Jeder aus unserer Mitte, der es wagt, seine Stimme zur Befürwortung der Arbeiterinteressen zu erheben, wird ins Gefängnis geworfen, nach Sibirien verbannt, seine Gutherzigkeit, seine mitleidige Anteilnahme wird als Verbrechen bestraft. So heißt die Befürwortung eines Niedergeschlagenen, eines Elenden, Recht- und Hilfslosen ein schweres Verbrechen!

O Kaiser! Stimmt es denn also mit den Gesetzen Gottes, in dessen Gnaden Du regierst, überein? Ist es denn möglich, unter solchen Gesetzen zu leben? Ist es denn nicht besser für uns arbeitendes Volk ganz Rußlands, zu sterben? Lieber überlassen wir es den Kapitalisten und den Beamten, mögen sie Leben und Vergnügen genießen! Siehe nun selbst, was uns übrig bleibt; das allein hat uns vor die Mauern Deines Palastes getrieben. Hier suchen wir unsere letzte Rettung. Weise Deines Volkes Bitte um Hilfe nicht ab, erlöse es vom Grabe der Rechtlosigkeit, der Armut, des Elends und der Unwissenheit, gib Deinem Volke die Möglichkeit, selbst sein Schicksal zu lenken, befreie es von der unerträglichen Last, die Deine Beamten ihm auferlegten, wirf nieder die Scheidewand

zwischen Dir und Deinem Volke — möge es mit Dir zusammen das Land regieren! Du bist doch gesetzt, um das Glück Deines Volkes zu wahren, und dieses Glück reißen uns Deine Beamten aus den Händen. Bis zu uns gelangt es nicht, uns bleibt nur Unglück und Dual. Siehe ohne Zorn auf unsere Bitten herab, die nicht auf Böses, nur auf Gutes für uns wie für Dich, o Kaiser, gerichtet sind! Nicht Verwegenheit spricht aus uns, nur die Erkenntnis der Notwendigkeit, einen Ausweg aus unserer Lage zu finden. Rußland ist allzu groß, seine Bedürfnisse und Mängel sind allzu zahlreich und mannigfach, um es durch besoldete Beamte regieren zu können; es ist notwendig, daß Dein Volk selbst Dir dabei behilflich sei; ihm allein sind seine wahren Bedürfnisse recht bekannt. Lehne doch die Hilfeleistung Deines Volkes nicht ab. Befiehl unverzüglich, Vertreter von ganz Rußland, von allen Klassen, allen Ständen zu berufen. Laß darunter Kapitalist und Arbeiter, Geistlicher, Arzt und Lehrer sein. Möge ein jeder, sei wer es will, seinen Vertreter wählen, möge jeder das gleiche Recht der freien Wahl genießen. Zu diesem Zwecke bestehl, o Kaiser, daß die Wahlen zu dieser Gründungsversammlung auf Grund allgemeinen, geheimen, direkten und gleichen Stimmrechtes geschehe. Darauf, und nur darauf basiert alles. Das ist das erste, ja das einzige Heilmittel für alle unsere Wunden, ohne dies werden unsere Wunden nie heilen, immer weiterbluten und uns zum Tode führen. Jedoch, ein alleiniges Heilmittel reicht für so vieles Unheil nicht aus. Es bedarf deren viele. Offen und aufrichtig sagen wir Dir, o Kaiser, heraus, was das Heil des Volkes erheischt:

### I. Mittel gegen die Rechtlosigkeit und Unwissenheit des russischen Volkes:

1. Persönliche Freiheit und Unantastbarkeit, Rede- und Pressfreiheit, Koalitions- und Versammlungsfreiheit, Gewissensfreiheit in Sachen der Religion.

2. Allgemeine Schulpflicht und gute Volkserziehung.
3. Verantwortlichkeit der Minister dem Volke gegenüber und Garantie eines verfassungsmäßigen Regierens.
4. Gleiches Recht vor dem Gesetz aller ohne Ausnahme.
5. Sofortige Amnestierung derjenigen, die für ihre Überzeugung bestraft sind.

## II. Mittel zur Beseitigung des Volkseleudes:

1. Aufhebung der indirekten und Einführung der direkten Einkommensteuern.
2. Aufhebung der Einlösungsratenzahlungen der Bauern, wohlfeiler Gewerbe- und Agrarkredit und allmählicher Übergang des Grund und Bodens in die Hände des Bauernvolkes.

## III. Mittel gegen die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital:

1. Gesetzlicher Arbeiterschutz.
2. Freie Gewerkschaften, sowie Konsum- und Produktionsvereine.
3. Der Achtstundentag, sowie Normierung der Überstundenarbeit.
4. Sicherung der Kampfesfreiheit zwischen Arbeit und Kapital.
5. Beteiligung eines Arbeiterausschusses an der Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen betreffend den Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung auf Staatskosten.
6. Normale Arbeitslöhne.

Dies sind, o Kaiser, unsere bedeutendsten Forderungen, die zu verlangen wir zu Dir kamen. Befiehl, diese zu befriedigen, und schwöre darauf, und Du wirst Rußland glücklich und ruhmreich machen und Deinen Namen in unseren Herzen und in den Herzen unserer Nachkommen auf immer und ewig festsetzen. Gewährst Du es uns aber nicht, findet unsere Bitte keinen Widerhall in Deinem Herzen — so sterben wir hier auf diesem Platze vor

Deinem Palaste. Alle Wege sind uns verschlossen, wir wissen nicht, wohin uns wenden. Wir sehen nur zwei Wege vor uns: den Weg zu Freiheit und Glück, oder zum Tode. Weise uns, o Kaiser, den einen von beiden — und wir folgen ihm ohne Widerspruch, und wäre es auch der Weg zum Tode. Wir sind bereit, unser Leben für das Glück unseres armen, Kummer und Leid tragenden Vaterlandes zu opfern. Wir gönnen ihm dieses Opfer — wir geben es gerne dahin!“

\* \* \*

Eine Petition solchen Wortlautes trugen Abertausende von Arbeitern unter Begleitung von Frauen und Kindern am 22. Januar zum Winterpalais des Zaren.

Die Arbeiter gingen, zu sterben bereit, und sie starben in der Tat, starben nicht im Kampfe, nicht auf den Barrikaden, sondern wehrlos von dem Militär erschossen, das bereits am Vorabend zu diesem Zwecke vorbereitet worden war.

Mit den Gefallenen vor dem Winterpalast fielen auch die Illusionen des Petersburger Proletariats, starben seine Hoffnungen auf eine friedliche Lösung der politischen Krise. Mit Unrecht schreibt Trotsky, „die Arbeiter kamen am 22. Januar zum Winterpalais, nicht um zu bitten, sondern um zu fordern“, dies Urteil aus der angeblichen Tatsache schließend, daß „das Volk die Soldaten angegriffen habe“, daß „die Arbeiter Waffen raubten und wo sie konnten, Barrikaden bauten“. (Trotsky: Unsere Revolution, S. 66.) Die Sache so darzustellen, versuchte zwar die Regierung in ihren Communiqués, um die bestialische Niedermetzlung friedlicher, wehrloser Arbeiter zu rechtfertigen, in Wirklichkeit aber stimmen alle Berichte über den 22. Januar darin überein, daß die Fälle von Waffentraub und Barrikadenbau völlig vereinzelte Ausnahmeerscheinungen waren, die bloß auf der Wassiljewskijinsel stattfanden. Das gesamte Bild des 22. Januar war — eine friedliche Prozession und ein Niederschießen friedlicher,

wehrloser Menschen, größtenteils ohne den geringsten Widerstand von ihrer Seite. Die Arbeiter gingen nicht zur Schlacht, dazu waren sie nicht vorbereitet, sonst wären sie nicht mit Weib und Kind, mit jung und alt zum Winterpalais geschritten.

Die Petition, die das Petersburger Proletariat zum Zaren trug, war keineswegs eine Petition eines „revolutionären Volkes“, noch weniger eine Petition des Proletariats, das sich bereits unter die Fahnen der revolutionären Sozialdemokratie gestellt hat. Die Petition zeigt am klarsten, in welchem Verhältnis das Petersburger Proletariat zur Sozialdemokratie stand. Die Sozialdemokratie beherrschte damals die Massen noch nicht, sie konnte noch nicht als seine Führerin gelten.

Ein Proletariat, das sich von der Sozialdemokratie leiten läßt, das sich mehr oder weniger bewußt unter ihre Fahnen stellt, kann unmöglich von oben etwas erbitten; es kann nur fordern, ausschließlich auf seine eigene Macht bauend, auf den Druck von unten rechnend, den es auszuüben imstande ist.

Das Petersburger Proletariat war noch keineswegs ein „revolutionäres Volk“, als es wehrlos, mit seinen Frauen und Kindern zum Zaren ging, um die Einberufung einer allrussischen konstituierenden Versammlung zu erbitten. Es war es nicht, aber es ist es geworden, es trat in die Revolution ein, weil auf all seine Bitten der Zarismus nur mit Niederschießung des Volkes antwortete.

Wenn wir mit vollem Recht den 22. Januar als den Anfangstag der russischen Revolution rechnen, so ist es nicht deswegen, weil das Auftreten des Proletariats am 22. Januar an und für sich eine revolutionäre Aktion war, sondern weil an diesem Tage die alte Regierung, an die das Proletariat seine Bitten richtete, sich ihm gegenüber als eine schrofpe, unveröhnlich-feindliche Macht in grellem Lichte zeigte; und indem sie seine Hoffnungen und Illusionen

in Blut erstickte, trieb es sie rückhaltlos auf den Weg der Revolution.

Am 22. Januar waren im Bewußtsein des Proletariats die alten, knechtischen Illusionen zusammen mit zweifellos sozialdemokratischen Forderungen verquickt. Einerseits richtete es seine Augen voll Hoffnung auf die alte Regierung, andererseits stellte es an sie Forderungen, wie die der allrussischen Konstituante, die eine Liquidierung der alten Regierung bedeutete, des noch nirgends in Westeuropa eingeführten Achtstundentags, und des Überganges des gesamten Grund und Bodens in die Hände des arbeitenden Volkes, was einer völligen Vernichtung der ökonomischen Basis, worauf Bureaucratie und Feudaladel sich stützten, gleichkam. Was in das Bewußtsein des Proletariats mit Hilfe der Sozialdemokratie hineingetragen war, hatte noch keine Zeit gehabt, reif zu werden und das Alte, überlebte, womit das Proletariat bis dahin angefüllt war, zu verdrängen. Aber das Alte starb im Proletariat am 22. Januar unter den Salven der zarischen Schergen; und der naturnotwendige Entwicklungsprozeß der Ereignisse stieß das Proletariat in die Reihen der Sozialdemokratie.

Aber selbst nachdem dies geschehen, sollte uns doch die Petition des 22. Januar von vornherein vor Illusionen warnen. Die sozialdemokratischen Forderungen hatten keine feste Wurzel im Bewußtsein des Proletariats und konnten diese nicht haben. Sie waren offenbar bloß Forderungen von gestern, sonst könnten sie nicht in nachbarlicher Nähe mit knechtischen Vorstellungen haufen. Die Vorgeschichte des 22. Januar bestätigt dies.

Das Verdienst, den 22. Januar vorbereitet zu haben, fiel vor allen Dingen der Subatowtschen Gesellschaft zu, die unter der wohlwollenden und aktiven Mitwirkung der Polizei arbeitete und sich „St. Petersburger Gesellschaft der Fabrikarbeiter“ nannte. Diese Gesellschaft fand ihren klugen und energischen Leiter in der Person des Popen



Gapon.\* Die Vertretung der ökonomischen Interessen der Arbeiter, welche diese Gesellschaft sich zur Aufgabe machte, zog die breiten Arbeitermassen an. Die „Gesellschaft“ wurde zu einer Massenorganisation der Fabrikarbeiter, was zu erreichen der sozialdemokratischen Organisation nicht gelungen war und nicht gelingen konnte infolge polizeilicher Hindernisse. Die ungeheure politische Aufregung, die die breiten Bevölkerungskreise infolge der Kriegsniederlagen im fernen Osten erfasste, konnte unmöglich ohne Einfluß auf die „Gesellschaft“ bleiben. Andererseits ermöglichte ihr Massencharakter den Eintritt sozialdemokratischer klassenbewußter Arbeiter in ihre Reihen. Und so begann die „Gesellschaft“, unter dem Einfluß der allgemein politischen Atmosphäre und des Entwicklungsganges der ökonomischen Kämpfe, sowie unter dem unmittelbaren Einfluß der sozialdemokratischen Elemente in ihr, sich aus einer Subatowschen Organisation in eine offenbar regierungsfeindliche Gesellschaft umzuwandeln. Die Sozialdemokratie beherrschte nie diese Bewegung, und konnte sie auch am Ende nicht vollständig beherrschen. Aber diejenigen „frechen Forderungen politischen Inhalts“, wie sie ein Regierungscommuniqué bezeichnet, die sich in der Petition befinden, sind in hohem Grade der beharrlichen, energischen

\* Der Priester Georg Gapon, der in öffentlicher und geheimer Verbindung mit dem Polizeidepartement stand und von diesem bedeutende Geldsummen für die „Gesellschaft“ bezog, hatte, wie er selbst angab, die geheime Absicht, die Polizei zu überklügeln und ihre Gunst im Interesse der Arbeitermassen auszunützen. Das Programm der Gapon'schen Organisation ist von demselben Geiste des „Polizei-Sozialismus“ erfüllt und ähnelt dem der Subatowschen. Jedoch ist es nicht zu leugnen, daß in gewissen Momenten Gapon, von der spontanen Massenbewegung hingerissen, der Sache der von ihm vertretenen Arbeiter aufrichtig ergeben war. Die wichtigsten Punkte der Petition des 22. Januar 1905 waren von ihm noch im März 1904 zu diesem Zwecke verfaßt. Seine zweideutige Stellung zum Polizeidepartement und sein rätselhaftes tragisches Ende (er wurde im Frühjahr 1906 bald nach seiner Rückkehr nach Petersburg ermordet aufgefunden) sind bis heute noch nicht ganz aufgeklärt.  
Der Übersetzer.

Agitationstätigkeit der Sozialdemokratie zur Zeit der Entwicklung dieser Bewegung zu verdanken. In den kolossalen Massenversammlungen der verschiedenen Filialen der „Gesellschaft“ stellten sozialdemokratische Redner ihre „frechen“ Forderungen des Achtstundentags, der politischen Freiheit, der konstituierenden Versammlung auf.

Die Bewegung des Petersburger Proletariats mußte einen starken Eindruck auf das gesamte Proletariat Rußlands machen. Unter der unmittelbaren Wirkung dieser Bewegung überschwemmte eine ungeheure Streikwelle ganz Rußland. Das Proletariat war so stark erregt, dermaßen aus dem Gleichgewicht gekommen, daß die Streikbewegung, die der 22. Januar hervorrief, über zwei Monate andauerte.

Im allgemeinen verbreitete sich diese Streikbewegung über 122 Städte, einige Bergwerke im Dongebiet und über zehn Eisenbahnlinien. Nach der Berechnung von L. Martoff nahmen daran über eine Million Arbeiter teil. So erscheint uns diese grandiose Streikbewegung von der quantitativen Seite. Wir wollen sie jetzt auch von der qualitativen Seite betrachten.

Vor allen Dingen müssen wir feststellen, daß die Einwirkung des 22. Januar auf die Intensität und Zielbewußtheit der Bewegung in Zentralrußland sich von derjenigen der peripheren Grenzgebiete in den baltischen Provinzen, im Kaukasus, in Südwestrußland und in Polen stark unterscheidet. Aus der vorhergehenden Analyse sehen wir, wie niedrig das Klassenbewußtsein des Proletariats noch am Vorabend des 22. Januar war. Spontaner Drang nach ökonomischen Kämpfen, allgemeine Neigung zur Solidarität innerhalb dieser ökonomischen Kämpfe, eine sehr unbestimmte Gärung — das waren die charakteristischen Grundzüge des russischen Proletariats an der Schwelle der Revolution. Bedeutend reifer im politischen Sinne und besser organisiert war in diesem Moment das polnische, lettische, jüdische und kaukasische Proletariat. Hier läßt sich ein bestimmtes, mehr

oder weniger bewußtes politisches Kredo bei den breiten Arbeitermassen erkennen, eine genügend bewußte Disziplin und Ergebenheit der Führung der sozialistischen Parteien, hauptsächlich der sozialdemokratischen.

Das Proletariat Petersburgs, wie groß es am 22. Januar auch gewachsen sein mag, war jedoch weit hinter dem Proletariat der Grenzgebiete zurückgeblieben. Aber einmal zum politischen Leben erwacht, im Namen bestimmter politischer Forderungen in seiner ganzen Masse sich erhebend und von der Bewegung hingerrissen, war es doch dem Proletariat der anderen Städte Zentralrußlands weit voraus. Daher der ungeheure Unterschied in der Wirkung, die die Petersburger Januarbewegung auf das Proletariat der Grenzgebiete und auf das von Zentralrußland ausübte. Auf jene wirkte der 22. Januar als Sturmglöck, die zur Revolution rief, während er in Zentralrußland einen sehr schwachen Widerhall fand und eine unbestimmte politische Gärung hervorrief, die im Gegensatz zu der des Petersburger Proletariats nicht einmal imstande war, bestimmte politische Formen anzunehmen.

Selbst in quantitativer Beziehung ist der Unterschied hier und da ein kolossaler. Von den 122 Städten, die von der Streikbewegung ergriffen waren, fielen 78 auf die Grenzgebiete und nur 44 auf Zentralrußland. Noch bedeutender ist der Unterschied der Bewegung in den Grenzgebieten und in Zentralrußland in qualitativer Beziehung. Der Kaukasus und die Ostseeprovinzen, Polen und Litauen reagierten äußerst lebhaft und aktiv auf die Ereignisse des 22. Januar mit Massendemonstrationen und Meetings von 50 000 bis 150 000 Beteiligten, mit Massenstreiks und Sympathiestreiks, die wochenlang dauerten, wobei es häufig zu Zusammenstößen mit dem Militär kam. Es streikten Fabrikarbeiter und Handwerker, Straßenbahnangestellte, Droschkenkutscher und Handlungsgehilfen. Die Forderungen waren dabei politisch äußerst radikal: „Einstellung des Krieges“, „Ein-

berufung einer konstituierenden Versammlung“, „Aufhebung der Monarchie“ und „Herstellung einer demokratischen Republik“ („Iskra“, Nr. 85 bis 88). Dagegen reagierte Zentralrußland sehr schwach, die Streiks waren uneinig und dauerten nicht lange (oftmals nur einen Tag oder gar nur eine Stunde). Die Forderungen sind überall vorwiegend ökonomische, zu den politischen verhalten sich die Massen indifferent („Iskra“, Nr. 85 bis 89 in den Korrespondenzen aus Kiew, Moskau, Charkow, Jekaterinoslaw und anderen Städten).

Wenn wir das Fazit der Streikbewegung, die sich nach dem 22. Januar über ganz Rußland verbreitete, betrachten, so müssen wir zugeben, daß werngleich die Bewegung in manchen Fällen auch keinen scharf ausgeprägten politischen Charakter hatte, wenn auch in einer ganzen Reihe von Ortschaften ausschließlich ökonomische Forderungen gestellt wurden, dennoch im großen und ganzen diese Bewegung nicht nur eine Kollision entgegengesetzter Klasseninteressen des Proletariats und der Bourgeoisie war, sondern vielmehr ein halb unbewußter Protest gegen die allgemeinen politischen Verhältnisse. Einen vorwiegend politischen Charakter gewann diese Bewegung dank dem 22. Januar in Petersburg.

Der 22. Januar und die dadurch entstandene zwei Monate lang dauernde Streikbewegung des Proletariats übte einen ungeheuren Einfluß auf alle übrigen Klassen der Bevölkerung aus. Unzweifelhaft entzündete sich unter dessen Wirkung\* an verschiedenen Orten die Bauernbewegung; die Fabrikbesitzer und Großindustriellen überhäuferten die Regierung mit Resolutionen, worin sie politische Freiheit und Einberufung einer Volksvertretung forderten; die Hochschulen proklamierten den allgemeinen Hochschulstreik und

\* Selbstverständlich muß hier die Wirkung der Ereignisse in der Wandschurei und die darauffolgende völlige Diskreditierung der Regierung in Betracht gezogen werden.

Der Übersetzer.

forderten unter anderem die Einberufung einer konstituierenden Versammlung; die Intelligenz begann immer radikalere und demokratischere Forderungen zu stellen. Bei solcher Situation konnte natürlich das Manifest vom 18. Februar, betreffend Einberufung einer Duma ohne gesetzgeberische Vollmacht, dem Lande keine Beruhigung bringen, um so mehr, da diesem Manifest ein Reskript beigelegt war, worin alle reaktionären Kräfte Rußlands („regierungstreuen Söhne unseres Vaterlandes“) zum Kampf gegen die „Aufwiegler“ aufgefordert wurden.

Diese mächtige, weitumfassende Streikbewegung übte einen tiefen revolutionären Einfluß auf das Proletariat selbst aus. Das Interesse für politische Fragen und politische Versammlungen stieg unter den Massen bis zum höchsten Grade.

In vielen Ortschaften fanden ungeheure, von Tausenden besuchte Meetings an Stelle der bisherigen Versammlungen von etlichen Duzend Teilnehmern statt.

Am stärksten war diese revolutionäre Wirkung der Streikbewegung am Petersburger Proletariat zu merken, was durch die Einsetzung der sogen. „Kommission Schidlowsty“ besonders klar hervorgetreten war. Unter dem frischen Eindruck der Januarereignisse beschloß die Regierung, eine Kommission unter dem Vorsitz des Senators Schidlowsty zu berufen „zum Zwecke unverzüglicher Erforschung der Ursachen der Unzufriedenheit unter den Arbeitern Petersburgs und seiner Vororte“; die Kommission hatte zugleich Mittel und Wege zu deren Beseitigung vorzuschlagen. Die Unternehmer und Arbeiter sollten Vertreter in diese Kommission wählen. Die Arbeiter sollten indirekt wählen, das heißt zuerst Wahlmänner, die nachher ihre Vertreter in der Kommission zu wählen hatten.

Während dieser Wahlen entfaltete die Sozialdemokratie eine intensive politische Agitation. Die Wahlmänner stellten vor den definitiven Wahlen die Forderung, daß man ihren Ver-

tretern in der Kommission die vollständige Freiheit des Wortes in ökonomischen sowie in politischen Fragen zusichere, die am 22. Januar verbotene „Gesellschaft Petersburger Fabrikarbeiter“ (Gaponische Organisation) wieder eröffne und die damals verhafteten Arbeiter befreie. Diese Forderungen wurden natürlich zurückgewiesen, und die Wahlmänner von sieben Abteilungen (sieben von neun) verzichteten demonstrativ auf ihre Teilnahme an den Wahlen zur Kommission.

Angeichts der Streikbewegung, die von Januar bis März andauerte, und der politischen Krise, die die Petersburger Arbeiter in dem Fall Schidlowsty anscheinend gezeigt hatten, setzte die sozialdemokratische Partei sehr viele Hoffnungen auf den 1. Mai. Wie es immer passiert, lief die Partei der Wirklichkeit voraus, und sie baute ihre Pläne und Ansichten nicht auf Grund nüchternen Analyse, sondern auf sehr übertriebenen Vorstellungen über den Grad des Klassenbewußtseins, und der Disziplin des Proletariats.

Man erwartete also im Mai eine mächtigere Bewegung als im Januar, man hielt es für möglich, daß diese Maibewegung sich in einen entschiedeneren Ansturm auf den Absolutismus umwandle.

Die Petersburger sozialdemokratische Parteileitung beschloß, die Massen auf die Straßen zu rufen, um Massenmeetings und womöglich Massendemonstrationen zu arrangieren. Die Arbeiter wurden aufgefordert, bewaffnet zu erscheinen. Die Parteileitung wendete sich an verschiedene Organisationen um Unterstützung für das Proletariat. Dies Unternehmen schlug vollständig fehl. An Stelle der erwarteten Arbeitermassen erschienen in verschiedenen Rayons unbedeutende Häuflein von ausschließlich organisierten Arbeitern. Nach der Angabe des Berichterstatters der „Iskra“ erschienen am 1. Mai auf den Straßen in ganz Petersburg 1200 bis 1300 Arbeiter. („Iskra“, Nr. 100.)

Nach anderen Angaben sind auch diese bescheidenen Zahlen sehr übertrieben.

In allen anderen Städten Rußlands trug die Maifeier einen ebenso armseligen Charakter. („Sstra“, Nr. 100.)

Ein ganz anderes Bild bietet uns Polen am 1. Mai. Dort wurde der 1. Mai nach dem neuen Stil, das heißt am 18. April alten Stils gefeiert. In Lodz zum Beispiel stockte alles am 1. Mai: alle Fabriken und Industriebetriebe, Geschäfte, Straßenbahnen, Kleingewerbe usw. feierten. Großartige Manifestationen wurden veranstaltet. („Sstra“, Nr. 100.)

Ebenso in Warschau. Allgemeiner Streik und grandiose Manifestationen mit roten Fahnen und revolutionären Liedern in verschiedenen Stadtteilen. Es kam zu mehreren blutigen Zusammenstößen mit dem Militär.

Das Leben hat also auch in diesem Falle wiederum den schroffen Gegensatz zwischen Zentralrußland und den Grenzgebieten gekennzeichnet: die Arbeitermasse Rußlands, trotz dem ungeheuren politischen Aufschwung, den sie eben erlebte, vermochte noch nicht entschieden und klassenbewußt sich unter die rote Fahne der Sozialdemokratie zu stellen.

Das Mißlingen der Maifeier machte einen starken Eindruck auf die revolutionären Kreise. In Wirklichkeit aber bezugte dies Mißlingen keineswegs einen Rückgang der proletarischen Bewegung, es bewies bloß, daß diese Bewegung in politischer Beziehung noch ihren halb unbewußten unbestimmten Charakter bewahrt hatte, den sie, wie wir vorher sahen, in den Januartagen trug. Der 1. Mai 1905 zeigte, daß die Sozialdemokratie in Rußland noch nicht zu einer wirklichen Massenpartei geworden, daß ihr geistiger Einfluß in die Tiefen der proletarischen Massen noch nicht eingedrungen war. Organisation und Klassenbewußtsein in diejenigen Bewegungen hineinzutragen, die spontan entstehen — das war damals die bescheidene Aufgabe, die der zurzeit vorhandene Grad der politischen Reife des Proletariats der russischen Sozialdemokratie diktierte.

Wenn aber die politische Reife und das Klassenbewußtsein des Proletariats vieles zu wünschen übrig ließen und keineswegs den übertriebenen Vorstellungen der Partei entsprachen, so vermochte doch die aufregende politische Atmosphäre, die infolge der Kriegsniederlagen sich bildete, in wenigen Monaten das zu schaffen, was bei anderen Zuständen mehrerer Jahre bedurft hätte. Am 14. Mai ereignete sich ein Vorfall, der dem schmachvollen Kriege ein Ende machte: die Vernichtung der russischen Flotte nach der Seeschlacht bei Tsushima.

Dies Ereignis machte einen starken Eindruck auf alle Gesellschaftsklassen, und das Bestreben aller politisch bewußten Elemente im Lande, dem verhaßten alten Regime um jeden Preis nun ein Ende zu machen, wurde mächtig. Die obersten Schichten der Gesellschaft überhäufte die Regierung mit ihren Resolutionen und Forderungen, im Volke dauerte das dumpfe Gären fort, das von Zeit zu Zeit überraschende Dinge erwarten ließ.

Drei große aufeinanderfolgende Ereignisse im Kampfe des Proletariats zogen die Aufmerksamkeit der gesamten Bevölkerung Rußlands auf sich: die Vorfälle in Swanowo-Wosnessensk, in Lodz und in Odessa.

In Swanowo-Wosnessensk gewann ein Streik, der auf ökonomischem Boden entstand, eine ungeheure politische Bedeutung. Während dieses Streiks, der zirka einen Monat hindurch dauerte, fanden ununterbrochen Volksmeetings statt. Unter freiem Himmel versammelten sich viele Tausende von Arbeitern und hörten wißbegierig den politischen Reden über Sozialismus, über politische Freiheit, über Volksherrschaft zu. Dafür bezahlte das Proletariat von Swanowo-Wosnessensk, ebenso wie anderwärts, mit seinem Blute: die Meetings und freien Volksversammlungen wurden zuerst von den Behörden geduldet, zuletzt aber wurden sie durch Militär auseinandergesprenkt, wobei es zu blutigen Zusammenstößen kam und mehrere Tote und Verwundete gab.

Nach Zwanowo-Wosnessensk kamen die Vorfälle in Lodz. Der Streik, der in einer Reihe von Fabriken ausbrach, führte zu Meetings und Straßendemonstrationen. Die Niederschießung der Demonstranten durch Militär führte zu grandiosen Prozessionen anlässlich der Beerdigung der gefallenen Arbeiter.

Eine der größten Prozessionen zog sich fast einen Kilometer in die Länge und zählte über 50000 Beteiligte: sie endete mit einem Massengemetzel.

Trotz der vielen Opfer dauerte diese Bewegung 12 Tage. Am heftigsten ging es am 10., 11., 12. und 14. Juni zu: Alle Läden waren geschlossen, der Straßenbahnverkehr stockte, die Einwohner flüchteten aus der Stadt, die Arbeiter errichteten Barrikaden und kämpften gegen das Militär, es gab zirka 2000 Verwundete. Die Bewegung endete erst mit der Einführung des Kriegszustandes in Lodz und Umgebung.

Nun kam Odeffa. Die weit ausgebehnte Streikbewegung fand dort zur Zeit eine unerwartete Unterstützung seitens des Kriegsschiffes Potemkin, dessen Mannschaft mit den sozialdemokratisch gesinnten Matrosen an der Spitze sich empört und die Offiziere weggeschafft hatte, weil diese einen Matrosen für seinen Ungehorsam erschossen hatten; mit aufgehörter roter Fahne segelte das Schiff nach Odeffa und landete in dessen Hafen in demselben Moment, als dort der Streik in Bewegung war und die Arbeitermassen in besonderer Aufregung waren. Der Leichnam des erschossenen Matrosen wurde am Ufer niedergelegt und ein Aufruf folgenden Wortlautes ihm an die Brust geheftet:

Bürger Odeffas! Hier ruht die Leiche des grausam getöteten Matrosen Grigori Dmeltshul, den sein Vorgesetzter, der Marineoffizier des Eskader-Panzerschiffes Rjas Potemkin tötete, weil er den Mut gehabt hatte zu erklären: „Die Kohlsuppe ist ungenießbar.“ Wollen wir uns bekreuzen und dem Daliegenden sagen: „Ruhe sanft!“ Nehmen

wir an den blutgierigen Vampiren Rache! Tod allen Unterdrückern! Tod den Blutsaugern! Es lebe die Freiheit!

Die Mannschaft des Eskader-Panzerschiffes  
Rjas Potemkin.

Einer für alle, alle für einen!

\* \* \*

Um den Leichnam des erschossenen Matrosen sammelten sich den ganzen Tag über ungeheure Arbeitermassen, ununterbrochen wurden dort Meetings abgehalten. Leider begannen gegen Abend die „Barfüßler“, deren sich sehr viele stets am Hafen befinden, zu plündern.

An diesem ersten Tage der Landung des Potemkin glaubten alle an die Möglichkeit, das aufgestandene Volk würde Herr der Stadt werden. Der Mannschaft des Potemkin wurde der Vorschlag gemacht, einen Teil der Gewehre und Leute ans Land zu bringen und die Stadt zu okkupieren. Damals waren noch sehr wenig Truppen in Odeffa garnisoniert. Die Mannschaft des Potemkin war aber auf diesen Vorschlag nicht eingegangen. Weshalb? Am wahrscheinlichsten deshalb, weil sie in den von der Gärung ergriffenen Arbeitermassen noch kein wirklich revolutionäres Volk erblickte, das zum entschiedenen Kampf mit dem Absolutismus bereit war. Kurze Zeit darauf hatte der Verfasser dieses Buches Gelegenheit, selbst in Odeffa zu sein, und was er von Augenzeugen in Verbindung mit seinen eigenen Beobachtungen erfuhr, überzeugte ihn, daß die Mannschaft des Potemkin sich nicht geirrt hatte. Am folgenden Tage war Odeffa mit Truppen besetzt, der Kriegszustand ward eingeführt, das Panzerschiff Potemkin segelte von Odeffa ab, und nachdem es einige Zeit im offenen Meere ziellos umherdampfte, landete es an den Ufern Rumaniens.

Die Ereignisse in Odeffa fanden einen Widerhall in einigen südrussischen Städten in Gestalt kurzdauernder Streiks (Charlow, Sefaterinoslaw und anderen).

Die Ereignisse in Iwanowo-Wosnessensk, Lodz und Odeffa fanden im Juni statt. Im Juli äußerte sich die Arbeiterbewegung in einer Reihe von Streiks: in Tula, Kostroma, Perm, in den Werkstätten des Eisenbahndepots von Wladikamskas und anderen. In vielen Städten fanden politische Demonstrationen statt. In Nishnij Nowgorod antwortete die Polizei und Gendarmerie auf eine politische Demonstration mit der Veranstaltung eines Pogroms mit Hilfe der „Schwarzen Hundert“. In Sormowo wurden große Prozessionen zur Beerdigung der getöteten Arbeiter veranstaltet, woran über 15000 Arbeiter teilnahmen.

Auch in dieser Bewegung gingen die Grenzgebiete, Polen und die Ostseeprovinzen allen zentralrussischen Städten voran. „Der zu dieser Zeit in Riga und Reval begonnene allgemeine Streik bewies anschaulich, daß die wirklichen tatsächlichen gesellschaftlichen Machtverhältnisse sich geändert hatten. Die Arbeiter haben die Versammlungs- und Redefreiheit eigenmächtig verwirklicht, und die Polizeibehörden wagten es nicht, sie daran zu verhindern.“\* Vom städtischen Proletariat aus verbreitete sich die Bewegung auf das Landproletariat und die Landbevölkerung, unter denen die revolutionären Organisationen, besonders aber die lettische Sozialdemokratie, einen großen Einfluß gewannen.

Um diese Bewegung zu unterdrücken, wurde am 6. August ganz Kurland in den Kriegszustand erklärt.

Gleichzeitig wurde auch über Warschau der Kriegszustand verhängt. In einem Regierungscommuniqué wurde über die Unruhen in Polen berichtet, wobei die großartigen revolutionären Demonstrationen in Warschau, Bialystok usw., die blutigen Zusammenstöße der Arbeiter mit den Truppen und der Polizei, die zahlreichen Attentate und ungeheuren Streiks ausführlich, wenn auch nicht ganz wahrheitsgemäß geschildert wurden.

\* Großmann, Die Entwicklung der Revolution, „Pravda“, Heft IV, Februar 1906, S. 57.

Die seit Januar andauernde Bewegung des Proletariats wirkte am stärksten auf jene zwei Gesellschaftsschichten ein, die ihm am nächsten standen: auf das Bauerntum und auf die Intelligenz. Auf das Bauerntum wirkte sie hauptsächlich spontan, indem sie die Gärung und Aufregung unter den Bauern auf dem Boden ihrer ökonomischen Interessen steigerte. Die bewußteren Bauernschichten aber begannen sich in bestimmten politischen Organisationen zu vereinigen.

Es bildete sich der allrussische Bauernbund. Bei dessen Gründungskonferenz, die in Moskau vom 14. bis 16. August stattfand, waren Vertreter von 22 Gouvernements anwesend, darunter waren nur 25 Intelligente und über 100 Bauern.

Auf die Kreise der Intelligenz wirkte die Arbeiterbewegung in dem Sinne, daß sie nicht nur das Streben der Intelligenz, sich zum Zwecke politischer Kämpfe zu organisieren, verstärkte, was schon im Dezember 1904 sich bemerkbar machte, sondern hauptsächlich die Neigung zu entschiedeneren demokratischen Forderungen hervorrief. Die nächsten politischen Forderungen des klassenbewußten Proletariats begannen zu Forderungen der Intelligenz zu werden. So stellte zum Beispiel der Arztekongreß, der in Moskau am 21. März stattfand, eine Reihe von demokratischen Forderungen auf, die bisher nur in den Programmen der revolutionären Parteien figurierten, an deren Spitze die Forderung der Einberufung einer Konstituante auf Grund des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts stand.

Der gleichzeitig tagende Kongreß der Agronomen, Statistiker und anderer Semstwoangestellten stellte dieselben Forderungen auf und konstatierte, daß nur eine revolutionäre Volksbewegung zu der erwünschten Reorganisation führen könne.

Bis zu Ende April bildeten sich Organisationen folgender Berufe: der Ärzte, der Tierärzte, Pharmazeuten, Agronomen und Statistiker, der Lehrer von Volks- und Mittelschulen, der Journalisten, Advokaten, Professoren, Buchhalter und Kontoristen und endlich der Eisenbahner.

Besonders beachtenswert unter diesen Organisationen ist der „Allrussische Verband der Eisenbahner“, der eine so bedeutende Rolle in der darauffolgenden Bewegung gespielt hat. Außerdem stand dieser Verband dem Proletariat näher als alle anderen Verbände, da er eine große Masse von niederen Beamten und Angestellten, die ihrer ökonomischen Lage nach nicht weit von den Arbeitern entfernt waren, und eine große Anzahl von Eisenbahnarbeitern einschloß. Das auf der ersten Gründungskonferenz vom Verbandsangekommene Programm spricht sich für die Einberufung einer Konstituante auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts aus und endet mit folgenden Worten: „Da wir es jedoch für unmöglich halten, uns mit Proklamierung bloßer Prinzipien zu begnügen, und gleich mit dem ersten Schritt auf den Weg wirklicher, korporativer Tätigkeit treten wollen, so nimmt der Verband schon jetzt die tatsächliche Verwirklichung der Rede- und Versammlungsfreiheit innerhalb der Eisenbahnerkorporationen für sich in Anspruch, ebenso die Organisierung von allgemeinen sowie partiellen Streiks.“

Verschiedene Verbände der Intelligenz vereinigten sich untereinander und bildeten den „Verband der Verbände“, dessen konstituierender Kongreß am 9. Mai stattfand und eine unbestimmte Formel: „Erreichung politischer Befreiung auf demokratischen Grundlagen“ annahm. Der außerordentliche Kongreß des „Verbandes der Verbände“, der gegen Ende Mai einberufen wurde, zeigte sich viel entschiedener und betrat den offenbar revolutionären Weg,\* indem er sich direkt an das Volk mit folgendem revolutionären Aufruf wendete: „Wir wenden uns an alle Gesellschaftsgruppen,

\* Das Geheimnis solchen raschen Umschwunges binnen so kurzer Zeit erklärt sich dadurch, daß inzwischen die Niederlage bei Tushima sich ereignete, die die Regierung gänzlich diskreditierte, die Bevölkerung furchtbar aufregte und mit Sympathien für die Befreiungsbewegung erfüllte.

Der Übersetzer.

Parteien, Verbände und Organisationen, an alles Lebendige im Volke, an alles, was noch die Fähigkeit zu teilnahmewoller Empfindlichkeit des Schmerzes, des rauhen Schlages nicht verloren hat — indem wir sagen: mit allen Kräften, mit allen Mitteln erstrebt die sofortige Beseitigung des Mörderhäufleins, das die obere Staatsgewalt usurpiert hat, und setzt an dessen Stelle eine vom Volke selbst auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten, für alle Bürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Nationalität, der Religion gültigen Wahlrechts gewählte Konstituante, damit diese so schnell als möglich dem Kriege, sowie dem bis jetzt herrschenden politischen Regime ein Ende setze.“ (Strelsky, Die Parteien und die Revolution im Jahre 1905. S. 28.)

Der zweite Kongreß des „Verbandes der Verbände“, der am 1. Juli tagte, war ebenso entschieden, indem er für den Boykott der damals bevorstehenden Buliginischen Duma sich erklärte, die Ermählung eines Komitees des aktiven Protestes beschloß, das in Verbindung mit anderen revolutionären Parteien treten sollte, zum Zwecke der Organisierung des allgemeinen Streiks, des finanziellen Boykotts usw. (Grohmann, ib. S. 55.)

Mitten in diesem Strudel von Ereignissen während des ständigen Wachstums des Klassenbewußtseins und der Organisation unter dem Proletariat, sowie unter der bürgerlichen Demokratie wurde endlich am 6. August das Reichsdumagesetz verkündet, zu dessen Ausbütung die Bureaucratie sieben ganze Monate in Anspruch genommen hatte. Dies Gesetz war ein Hohn auf die Befreiungsbewegung, denn zwei Bevölkerungsschichten, die in dieser Bewegung die bedeutendste Rolle gespielt, das Proletariat und die Intelligenz, wurden ihres Wahlrechtes gänzlich beraubt. Auch der jeder gesetzgeberischen Funktion entbehrende Charakter der Buliginischen Duma entsprach dem erreichten Höhepunkt der Befreiungsbewegung nicht.

Daher erklärt sich, weshalb die Idee des Boykottierens der Buligin'schen Reichsduma unter dem Proletariat und der Intelligenz so populär wurde. Diese Duma war weder dazu bestimmt, der Bevölkerung Ruhe zu bringen, noch als Hebel zur weiteren Entwicklung zu dienen.

Die Bewegung war in vollem Gange, sie drang vorwärts, als sich die Aufmerksamkeit aller ihrer Anhänger auf die Hochschulen lenkte, die in der Befreiungsbewegung immer eine hervorragende Rolle gespielt hatten, die aber jetzt, seit einem halben Jahre, infolge Hochschulenstreiks geschlossen waren. Unter der studierenden Jugend wurde heftig die Frage diskutiert: Sollen die Hochschulen geöffnet werden oder nicht?

Einen starken Einfluß auf die Studenten in der Entscheidung dieser Frage hat damals die „Iskra“ ausgeübt, indem sie jede weitere passive Taktik für schädlich erklärte und die Studenten aufforderte, die Hochschulen zu öffnen, um dort freie Meetings und Volksversammlungen abzuhalten. Die Taktik der „Iskra“ siegte.

Auf den zahlreich besuchten Studentenversammlungen wurde beschlossen, die Hochschule zu öffnen, und zwar nicht nur zum Zwecke wissenschaftlichen Studiums, sondern ebensowohl, um dort soziale und politische Fragen zu diskutieren. Der ungeheure Drang nach politischen Versammlungen und Meetings, der von der ganzen vorausgegangenen Bewegung bewirkt war, fand hier seine Befriedigung: durch die weit geöffneten Türen der Hochschulen strömten die von der Bewegung ergriffenen Massen. Auf diesen Volksmeetings formte sich hauptsächlich das politische Bewußtsein der breiten Massen, und der entschiedene Ansturm auf den Absolutismus wurde hier vorbereitet.

#### IV.

### Der Oktoberstreik.

Die neue Streikwelle, die sich zu dieser Zeit durch ganz Rußland wälzte, nahm ihren Ausgang im September in Moskau. Der Streik brach dort spontan aus in einer Reihe von Druckereien. Während dieser Bewegung der Arbeiter in den Druckereien wurden stürmische Meetings abgehalten. Gleichzeitig entstand in einer Reihe anderer Unternehmungen eine Streikbewegung; jedoch der Versuch, diese in einen allgemeinen Streik zu verwandeln, zu welchem Zweck ein Deputiertenrat von den Arbeitern verschiedener Betriebe gewählt wurde, kam zum Scheitern. Am 18. Oktober fand der Streik sein Ende. Nach zwei Tagen aber entstand der Eisenbahnerstreik, der allmählich nicht nur alle Eisenbahnlinien umfaßte, sondern sich zu einem allgemeinen Streik über alle Städte Rußlands auswuchs.

Die charakteristische Eigentümlichkeit dieses Streiks war die führende Rolle, die dabei die Eisenbahner gespielt haben.

Sie gingen der ganzen Streikbewegung voran, sie drängten die Fabrikarbeiter und die städtische Intelligenz zum Streik, dank ihnen bekam der Streik überall einen organisierten, einheitlich-geschlossenen Charakter. Der Verlauf dieser Streikbewegung bestätigt diese führende und vorwärtsdrängende Rolle der Eisenbahner. Der Streik beginnt in Moskau, und zwar streifen zuerst die Lokomotivführer der Moskauer-Kasanschen Eisenbahn, demzufolge der Verkehr auf dieser Eisenbahnstrecke unterbrochen wurde. Am 21. Oktober folgt der ganze Moskauer Eisenbahnknoten, mit Ausnahme der Nikolaischen Eisenbahn (die Moskau mit Petersburg verbindet). In den Fabriken aber denkt niemand ans Streiken. Die kurz vorher begonnene Streikbewegung in Moskau



schien ganz beendet zu sein. Am 21. Oktober, als die Eisenbahner rings um Moskau nicht nur streikten, sondern sich schon durch gemeinsame Forderungen vereinigt hatten, beschlossen die Druckereiarbeiter Moskaus, sich überhaupt des Massenstreiks zu enthalten. Am 23. Oktober gelang es den Eisenbahnangestellten in Koslow, die Einstellung der Arbeit in allen Industriegewerben und die Schließung aller Schulen zu bewirken.

Am demselben Tage begann der Streik auf den Eisenbahnlinien, die Charkow und Jekaterinoslaw kreuzen, und gleichzeitig begann dort der Streik in allen Fabriken und Industriegewerben.

Petersburg und Moskau, abgesehen von den Moskauer Eisenbahnern, stehen zu dieser Zeit noch außerhalb der Streikbewegung. Bis zum 24. Oktober umfaßte die Streikbewegung 14 Eisenbahnlinien, einschließlich der Nikolaischen. Sie rückte also hart bis Petersburg und wirkte ansteckend. Am 24. Oktober abends fand in der Petersburger Universität ein Meeting der Eisenbahner statt, woran Delegierte aller Petersburger Eisenbahnlinien teilnahmen. Es wurde fast einstimmig beschlossen, vom 25. Oktober ab den allgemeinen Streik auf den gesamten Linien der Petersburger Eisenbahnen zu proklamieren. Dieser begann tatsächlich am 25. Oktober, und gleichzeitig begannen die Fabriken zu streiken. Am demselben Tage, nämlich am 25. Oktober, beschlossen die Delegierten aller Petersburger Gewerkschafts- und sonstiger Arbeiterorganisationen, sich dem allgemeinen Streik anzuschließen. Allmählich wird auch Moskau hineingezogen, und an den folgenden Tagen vollzieht sich die fortwährende Erweiterung der Streikbewegung, die am 28. Oktober ihren Höhepunkt erreichte. Vom 25. Oktober ab begannen die Streiknachrichten aus den übrigen Städten sich zu mehren. Dem allgemeinen Streik schlossen sich folgende Gouvernements und Städte an: Kurland, Minsk, Poltawa, Saratow, Samara, Woronesch, Tambow, Reval, Tscheljabinsk, Smo-

lensk, Simbirsk, Jaroslaw, Kiew, Simferopol, Odessa, Wilna, Orscha, Lodz, Tiflis, Sebastopol, Nowotscherkassk und viele andere.

Den Zentralpunkt in dieser Streikbewegung bildeten also die Eisenbahner.

Dadurch unterscheidet sich der Oktoberstreik sehr stark von den anderen vorhergehenden Streikbewegungen. Die zweite charakteristische Eigentümlichkeit des Oktoberstreiks war die ungeheure Rolle, die die Intelligenz dabei gespielt hat.

Zunächst schon die Tatsache, daß der Eisenbahnerstreik sich nicht ausschließlich auf die Arbeiter stützte. An der Spitze des Eisenbahnerstreiks standen Angestellte und Beamten, meistens solche, die ein verhältnismäßig hohes Amt bekleideten. Dank dieser Unterstützung konnte der Streik der Eisenbahner durchgeführt werden; ohne der leitenden und zentralisierenden Rolle der Intelligenz wären die Eisenbahnarbeiter (abgesehen von den Depots- und Werkstättenarbeiter) und die niederen Beamten und Angestellten infolge ihrer Abgesondertheit voneinander und ihres geringen Verständnisses nie imstande gewesen, einen solchen Streik mit Erfolg zu inszenieren.

Obwohl der Streik auf den Moskauer Eisenbahnen spontan begann, befand er sich doch von Anfang an unter der Leitung des Moskauer Zweigkomitees des Eisenbahnerverbandes. Schon am 20. Oktober wurden von diesem Komitee elf Forderungen der Eisenbahner, für den Fall eines allgemeinen Streikes, aufgestellt, worin, neben den ökonomischen Forderungen, die Besserung der allgemeinen Lage der Eisenbahnangestellten und Arbeiter betreffend, auch folgende Forderungen sich befanden: „Koalitions- und Versammlungsfreiheit, Rede- und Pressefreiheit, Gewissensfreiheit, Streikrecht, Unantastbarkeit der Person und der Wohnungen“ (Punkt 7). „Einberufung einer Volksvertretung mit gesetzgeberischer Vollmacht auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts seitens der ganzen Be-

völkerung ohne Unterschied der Nationalität, des Geschlechts und der Religion, gewählt zum Zweck der Ausarbeitung neuer Grundgesetze für das Reich im Interesse der arbeitenden Klassen" (Punkt 9). „Unverletzlichkeit aller an dem Streik Beteiligten und Befreiung derjenigen, die für ihre Teilnahme an Streiks und dergleichen bestraft wurden" (Punkt 10). „Vollständige Amnestierung derer, die für sogenannte politische Verbrechen oder für religiöse Überzeugung verurteilt waren" (Punkt 11). Diese Forderungen wurden nachher seitens des gesamten Verbandes und von allen Eisenbahnern angenommen. Eigentlich waren diese Forderungen allen Streikenden gemeinsam. Obwohl Punkt 9 nicht direkt von einer Konstituante, sondern von einer Volksvertretung spricht, so wurde doch im Grunde genommen darunter die Forderung einer Konstituante verstanden.

Eine große Rolle in dem Eisenbahnerstreik spielte zunächst der Delegiertenkongreß, der aus der von der Regierung berufenen Beratung zum Zweck einer Reform der Spar- und Pensionsklassen der Eisenbahner improvisiert entstanden war. Den von den Eisenbahnangestellten gewählten Delegierten gelang es, diese Beratung in einen Delegiertenkongreß zu verwandeln, wobei sie den Kassenverwaltern und Beamten nur ein beratendes Stimmrecht einräumten.

Chruschalew sagt in seiner Geschichte des Arbeiterdeputiertenrates darüber (S. 56): „Das Eisenbahnministerium glaubte in seiner Naivität, durch diesen Delegiertenkongreß, der zum Zweck einer Reform der Kasseneinrichtungen berufen war, Beruhigung und Befriedigung unter den Eisenbahnern zu schaffen.

„Der Vorgang der Delegiertenwahl für den Kongreß vereinigte die auf den ausgedehnten Eisenbahnlinien isolierten Arbeiter und Angestellten. Bei solchen Verhältnissen verwandelte sich der von der Regierung erdachte Blichableiter in ein ungeheures Sprachrohr, das dem ganzen Lande die Berichte über die Verhandlungen des Eisenbahnerkongresses verkündete.

„Er fesselte die Aufmerksamkeit der Legionen der Eisenbahner. Die Wähler überschütteten die Delegierten mit Telegrammen, sie auffordernd, mit aller Kühnheit die vollständige Erfüllung aller Forderungen durchzusetzen. Die Stimmung des Kongresses stieg, er entwickelte sich nach links.“

Dieser Kongreß gab unzweifelhaft den Anlaß zur Entstehung des Streiks.

„Die Spannung stieg mit jedem Tage. Die mächtige und freie Sprache des Kongresses gab zu der Beforgnis Anlaß, der Kongreß könne aufgelöst und die Delegierten verhaftet werden. Am 20. Oktober wurde ein Gerücht in Moskau verbreitet, die Delegierten seien schon verhaftet. Obwohl die Delegierten selbst dies Gerücht sofort widerlegten und sich für die Verschiebung des Streiks, bis zur Klärung der gespannten Situation, aussprachen, gelang es ihnen doch nicht mehr, die unteren Schichten der Moskauer Kasanschen Eisenbahnangestellten vom Streifen zurückzuhalten. Der Damm wurde aufgerissen und die Bewegung war entfesselt.“ (Ibidem.) Als die Streikbewegung sich zu entfalten begann, wurde der Delegiertenkongreß zum natürlichen und geistigen Führer der Eisenbahner.

Am 22. Oktober erklärte der Kongreß in einer einstimmig angenommenen Resolution:

„Wir sind nur das Werkzeug unserer Genossen, wir sind die Diener des Volkes und können nicht schweigen, wenn das Volk seine Stimme erhebt.

„Als ein Teil der aus mehreren Millionen bestehenden Massen fordert der Kongreß die gesetzliche Einführung aller Freiheiten, Amnestie für politische Verbrechen, Aufhebung der Todesstrafe, den Übergang der Verwaltung des Polizeidienstes in die Hände der kommunalen Selbstverwaltung und die Einberufung einer Konstituante auf Grund des viergliedrigen Wahlprinzips.“\*

\* Das heißt des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts.  
Zscherew antn, Proletariat und Revolution.

Wenn wir jetzt in Betracht ziehen wollen, aus welchen Elementen der Kongreß bestand, so wird sich ergeben, daß nur die Minderheit des Kongresses der Arbeiterklasse angehörte.\* Die überwiegende Mehrheit bestand aus Ingenieuren, Rechtskonsulenten, aus verschiedenen Beamten der Eisenbahnverwaltung und anderen. (Geschichte des Arbeiterdeputiertenrates“ S. 56.)

Aber zusammen mit der Intelligenz der Eisenbahner nahm auch die gesamte städtische Intelligenz an dem allgemeinen Oktoberstreik eifrig teil.

Am 24. Oktober beschloß die Moskauer Filiale des „Verbandes der Verbände“, sich dem allgemeinen Streik anzuschließen. In demselben Sinne beschloß auch die Generalversammlung des Verbandes der Ingenieure und Techniker, worauf eine ganze Reihe technischer Komitees und Bureaus geschlossen wurden.

Am 25. Oktober streikten die Beamten des St. Petersburger Stadtrates.

Am 28. Oktober beschloß das zentrale Bureau des „Verbandes der Verbände“, sich dem allgemeinen Streik anzuschließen.

Am selben Tage stellten die Angestellten und Beamten der Petersburger Semstrowverwaltung ihre Berufstätigkeit ein. Darauf folgten die Angestellten der Petersburger Semstrowkreisverwaltung für Verkehrswesen. Gleichzeitig beschlossen auch die Angestellten der gesamten Bankgeschäfte,

\* Wir halten für notwendig, alle derartigen Tatsachen zu betonen, da manche unserer Parteigenossen sehr häufig eine ganz falsche Charakteristik des Oktoberstreiks geben. Mehrfach ist die Meinung ausgesprochen worden, der Oktoberstreik sei ausschließlich ein Werk des Proletariats gewesen. Am Oktoberstreik nahmen tatsächlich neben den Arbeitern nicht nur jene Intelligenzteil, die die Interessen des Proletariats wahrnahmen und verteidigten, sondern die ganze Masse der Intelligenz aller Gesellschaftsschichten. Wir haben schon ihre ungeheure wirkungsvolle Rolle bei dem Eisenbahnerstreik gesehen, wir wissen, daß ohne ihre

sich dem allgemeinen politischen Streik anzuschließen. Desgleichen die Pharmazeuten, wodurch 87 Apotheken geschlossen werden mußten. Die Beamten des Petersburger Kreisgerichtes stellten auf drei Tage ihren Dienst ein, und die Schwurgerichtsmitglieder erklärten, daß bei solchen Zuständen sie nicht imstande wären, ihre Amtspflicht auszuüben.

In Moskau versammelte sich zu dieser Zeit im Stadtrathause das höhere technische Personal der städtischen Angestellten (Architekten, Ingenieure und dergleichen) und beschloß, sich dem allgemeinen politischen Streik anzuschließen mit denselben Forderungen, die die städtischen Arbeiter aufgestellt hatten, das ist die Einberufung einer allrussischen Konstituante unter Garantie aller Freiheiten.

Am 27. Oktober fand im Universitätsgebäude eine Versammlung von mehreren Verbänden intelligenter Berufe statt, wobei beschlossen wurde, sich dem allgemeinen politischen Streik anzuschließen. Die Petersburger Abteilung des Akademischen Vereins, also des gemäßigtsten aller Verbände,\* veröffentlichte folgende Resolution:\*\*

„Die Veranstaltung von Volksmeetings innerhalb des Universitätsgebäudes wollen wir auf keinen Fall hindern. Ebenso verweigern wir es aufs entschiedenste, die Universität überhaupt zu schließen. Die Anwendung von Waffengewalt seitens der Regierung zur Unterdrückung

Mitwirkung der Eisenbahnerstreik im Oktober nicht hätte durchgeführt werden, jener siegreiche, alle Welt in Erstaunen versetzende Streik nicht hätte stattfinden können.

\* Als Akademischer Verein traten damals hauptsächlich solche Studierende und Dozenten zusammen, die sich mit Politik nicht abgeben und sich nur dem akademischen Studium widmen wollten.

\*\* Das war eine Antwort auf die berichtigte, am 27. Oktober veröffentlichte Trepowsche Verordnung an das Militär, worin es unter anderem hieß: „Keine blinden Salben abgeben! Keine Patronen sparen!“

Der Übersetzer.

der Volksmeetings betrachten wir als ein Verbrechen gegen das Volk."

Noch am 26. Oktober wurden von den verschiedenen Verbänden Streikkomitees gebildet. Diese Komitees bildeten eine ganze Reihe von Delegationen, die in verschiedene private, sowie offizielle Anstalten und Geschäfte abgeordnet wurden, um dort die Einstellung der Arbeit zu veranlassen. Die Delegierten gingen in die Banken, in die technischen Bureaus, in die Verwaltungsbureaus industrieller Gesellschaften, in die Gerichtsgebäude, die Schulen, selbst in den Senat. (Strelsky, Die Parteien und die Revolution, S. 50.)

In Moskau stellten am 27. Oktober die II. und III. Abteilung des Kreisgerichts ihre Tätigkeit ein. Desgleichen die Semstwo-Amtsverwaltung des Moskauer Gouvernements. Eine Versammlung der Bankbeamten und Angestellten beschloß, alle Moskauer Banken zu schließen.

Der Gründungskongreß der Konstitutionell-demokratischen Partei (Kadetten) faßte einen Beschluß, worin er seine vollständige Solidarität mit der Streikbewegung und deren Forderungen ausdrückt, das heißt die Einberufung einer Konstituante auf Grund des allgemeinen Wahlrechts fordert unter Garantierung aller Freiheiten und die vollständige politische Amnestie.

Am 28. Oktober fand in Petersburg eine Generalversammlung der Beamten der Reichsbank und des Finanzministeriums statt. Auch dort wurde der Beschluß gefaßt, sich dem politischen Massenstreik anzuschließen.

Es streikten die Advokaten an dem Kreisgericht.

Das Petersburger Friedensgerichtsplenum, aus 54 Mitgliedern bestehend, erklärt einen dreitägigen Streik. Mit 52 gegen 2 Stimmen wurde die Resolution angenommen, die an das Justizministerium gerichtet

werden sollte, worin als dringend notwendig erklärt werden:

1. Die Abschaffung aller standesrechtlichen Ausnahme-gesetze (Kriegszustand, Zustand des „verstärkten Schutzes“ und dergleichen).
2. Einführung von Gesetzen, betreffend Unverletzbarkeit der Person, Preß- und Redefreiheit.
3. Abschaffung der Todesstrafe.
4. Einberufung einer freien, durch allgemeines Stimmrecht gewählten Volksvertretung.
5. Amnestie für politische Verbrecher.

Am 29. Oktober wurde in einigen Moskauer Zeitungen eine originelle Erklärung der Mehrheit der Moskauer Geistlichen veröffentlicht. Der Moskauer Metropolit hatte sie in einem Rundschreiben beauftragt, in den Kirchen Predigten im Sinne des „Schwarzen Hundert“ abzuhalten. In ihrem Briefe an die Öffentlichkeit erklärten sie sich offen und entschieden gegen solche empörenden, volksfeindlichen Predigten, die abzuhalten man von ihnen verlangt habe, und gaben also dadurch ihre Solidarität mit der Befreiungsbewegung kund.

Am 30. Oktober begann zugleich mit den anderen offiziellen Anstalten der Streik auch unter den Angestellten der Reichsbank. Der Finanzminister erschien in ihrer im Gebäude der Reichsbank abgehaltenen Versammlung und hielt ihnen eine Rede, die er mit folgender Frage schloß:

„Was werden Sie, meine Herren, Ihren Kindern sagen, wenn diese Sie fragen: Waret ihr in Zeiten der schweren politischen Wirren auf seiten der Ordnung?“

Einer der Beamten rief aus: „Genossen! Gehen wir sofort auseinander, denn was werden wir unseren Kindern antworten, wenn sie uns fragen: Waret ihr in solchen schweren Zeiten auf seiten der Freiheit?“

Mit stürmischem Beifall beantworteten die Anwesenden diese Worte und gingen in starker Aufregung sofort auseinander.

Zum Schluß dieser Aufzählung von Tatsachen ist noch zu erwähnen, daß das Moskauer Streikkomitee, das die Streikleitung in Moskau in Händen hatte, vorwiegend aus Vertretern der Verbände der Intelligenz bestand.

All diese Tatsachen, glaube ich, genügen vollständig, um festzustellen, daß nicht das Proletariat allein den Sieg über den Absolutismus am 30. Oktober bewirkt, sondern daß an der Oktoberrevolution die gesamte Masse der Intelligenz ebenso eifrig und aktiv teilgenommen hat.

Selbst die Masse der Großkapitalisten leistete, wenn nicht aktive, so doch passive Beihilfe. „Während des Oktoberstreiks — erzählt Chrusstalew — haben die Kapitalisten nicht nur die Arbeiter nicht verhindert, in den Fabriken und Werkstätten Meetings und Versammlungen abzuhalten, sondern sie gewährten den Arbeitern für die Streiktage die Hälfte ihres Arbeitslohnes, ja in manchen Unternehmungen wurde den Arbeitern der volle Arbeitslohn während der Streikzeit ausgezahlt. Niemand wurde für seine Beteiligung an dem Streik ausgesperrt.“\*

Am 25. Oktober wurde im Petersburger Rathause folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Das Petersburger Rathaus hält es für seine Pflicht, in dem gegenwärtigen schweren Moment, den die Residenz und das ganze Vaterland durchlebt, auf die dringende Notwendigkeit hinzuweisen, daß die Regierung ihrerseits Vorkehrungen zur unverzüglichen Befriedigung der reif gewordenen ökonomischen und politischen Forderungen der Bevölkerung treffe.“

Am 27. Oktober machte eine Kommission der Moskauer Fabrikarbeiter, dem Beschlusse des Moskauer Fabrikbesitzerverbandes Folge leistend, dem Moskauer Generalgouverneur Vorstellungen in bezug auf die stattgefundenen politischen Ereignis-

\* Chrusstalew, Geschichte des Arbeiterdeputiertenrates, S. 127.

nisse. In dieser Eingabe wurde unter anderem gesagt, daß die Einführung des Kriegszustandes in Moskau verwerflich sei, daß es im Gegenteil notwendig wäre, den Arbeitern die Möglichkeit zu verschaffen, frei ihre Notlage und ihre Angelegenheiten zu beraten, und somit Mittel und Wege zur Vereinbarung mit ihren Fabrikherren zu finden, daß ferner die Gewährung politischer Freiheit und die Reorganisation des Reichsdumagesetzes auf konstitutioneller Basis als das beste Mittel zur Beruhigung der Geister geeignet wäre.

Am 27. Oktober beschloß der Moskauer Stadtrat, am folgenden Tage eine Versammlung aller Gesellschaftsgruppen zu veranstalten „unter Beteiligung aller in Moskau befindlichen Organisationen und Parteien, um gemeinsam zu beraten, was zur Vorbeugung des Unheils und zur Rettung des Vaterlandes notwendig sei“.

Am folgenden Tage fand diese Versammlung wirklich statt, wobei neben den Vertretern anderer Organisationen auch die der sozialdemokratischen Partei, des Moskauer Komitees der Sozial-Revolutionäre und die des Moskauer sozialdemokratischen Druckereiarbeiter-Verbandes eingeladen waren.

Diese Beratung führte natürlich zu keinem positiven Resultat, und das ist begreiflich. Der Stadtrat konnte sich schwerlich mit den Vertretern der äußersten Linken zum Zwecke irgendwelcher gemeinsamer Schritte einigen, da diese vom Stadtrate nicht mehr und nicht weniger forderten, als daß er „seine Vollmacht niederlege und ihnen seine Exekutivgewalt und seine Finanzmittel zum Zwecke der Organisation einer Miliz und Nationalgarde zur Verfügung stelle“. Andererseits waren auch die Vertreter der Moskauer Bourgeoisie nicht geneigt, irgendwelche entschiedenen Schritte zu tun.

Was für uns hier wichtig ist und betont zu werden verdient, ist, daß dem politischen Massenstreik, der vom Proletariat und der Intelligenz organisiert und durchgeführt

worden war, auch die weiten Schichten der Bourgeoisie mit unzweifelhaft sympathischer Teilnahme entgegenkamen. Die oben angeführten Tatsachen bezeugen es klar und deutlich. Die Regierung war im Oktober vollständig isoliert, wenigstens in den Städten.

Alles war damals gegen die Regierung, selbst ihre eigenen Beamten, die Spitzen der Bürokratie natürlich ausgenommen. Das Großkapital und die Bourgeoisie gingen nicht so weit in ihren Forderungen wie das Proletariat und die bürgerliche Demokratie. Anstatt einer Konstituante begnügten sie sich mit der Forderung politischer Freiheiten und einer konstitutionellen Verfassung. Sie waren aber gegen die Regierung, und im entbrannten Kampfe zwischen Demokratie und Regierung bot die Bourgeoisie der ersteren und nicht der letzteren ihre Hand.

Angesichts solcher Verhältnisse begann die Regierung zu spüren, daß ihr der Boden unter den Füßen schwankte, und es blieb ihr nichts anderes übrig, als nachzugeben.

Wir haben klargelegt, aus welchen Elementen der Oktoberstreik sich zusammensetzte; welche Rolle dabei die Bourgeoisie und Intelligenz spielten; wir stellten mit vollständiger Sicherheit fest, daß nicht allein das Arbeiterproletariat aus eigenen Kräften dem alten, absolutistischen Regime diesen ersten, vielleicht tödlichen Schlag versetzt hat. Es bleibt uns nur noch übrig, auf die eigentliche Rolle des Proletariats selbst etwas genauer einzugehen.

In der seit dem 22. Januar verflossenen Zeit wuchs das Proletariat mächtig empor, und sein Auftreten im Oktober war viel klassenbewußter als früher. Die Forderung einer Konstituante vereinigte im Oktober nicht nur die Massen des Proletariats Petersburgs und seiner Umgegend, sondern im hohen Grade auch das Proletariat anderer Städte. Unter der Forderung einer Konstituante streifte man in Petersburg, Moskau und sämtlichen anderen Städten, diese Forderung klang mächtig auf allen Meetings und Volksversam-

lungen und wurde überall mit einmütigem, begeisterndem Beifall aufgenommen. Schon am 23. Oktober, bei Beginn des Streiks, wurde in Charkow auf einem von über 15 000 Arbeitern besuchten Volksmeeting die Forderung aller politischen Freiheiten und der sofortigen Einberufung einer Konstituante auf Grund des allgemeinen Wahlrechts einstimmig angenommen.

Obwohl die Arbeiterklasse im Oktober nicht allein auf den Plan trat, so ist sie dafür viel klassenbewußter, solidarischer und geschlossener aufgetreten als je zuvor.

In dieser Beziehung sowohl wie in der Zusammensetzung unterschied sich der Oktoberstreik scharf von der Bewegung, die nach dem 22. Januar entstand. Grundverschieden von dieser unbestimmten, wenn auch zwei Monate dauernden und über ganz Rußland verbreiteten, so doch aller Einheit und Zweckmäßigkeit entbehrenden Streikbewegung (Februar bis März 1905) war der Oktoberstreik ein zielbewußter, in geschlossenen Reihen und mit konzentrierten Kräften durchgeführter Ansturm auf den Absolutismus.

Der Streik entwickelte sich mit steigender Begeisterung und gehobenem Mute, wozu die ungeheuren großen Volksmeetings, die vor und während des Streiks stattfanden, sehr viel beitrugen.

Am 27. Oktober veröffentlichte Trepow in Petersburg seine berüchtigte Verordnung, worin es unter anderem hieß: Bei der Unterdrückung der Unruhen „keine blinden Salven abzugeben und keine Patronen zu sparen“. Gleichzeitig ordnete er auch ein Verbot der Volksmeetings an. Doch fanden trotzdem in Petersburg am selben Tage um 2 Uhr nachmittags ein Meeting in der Technologischen Hochschule und um 6 Uhr eines im Universitätsgebäude statt. Schon eine Stunde vorher wimmelten die der Universität benachbarten Straßen von großen Volksmassen, die sich nach der Universität begaben. Insgesamt waren es zirka 40 000 Mann.

Als äußerst charakteristisch und bemerkenswert für den Oktoberstreik erscheint die Tatsache, daß Moskau damals von der Revolution völlig beherrscht war; dieselbe Stadt also, wo die Januarbewegung sehr schwachen Widerhall fand und auf ein sehr niedriges Klassenbewußtsein der Moskauer Arbeiter stieß.

Im Oktober ging Moskau allen anderen Städten voran. Schon im September begannen in Moskau, wie wir sahen, Streiks und Unruhen, die unzweifelhaft den Anstoß zum Oktoberstreik gaben. Was aber die Arbeiterlegionen der Eisenbahner anbetrifft, so gaben sie gerade in Moskau und von hier aus das Signal zum Ausbruch der Massenstreikbewegung. Dazu kam die Bewegung unter den Arbeitern in den anderen Gewerben; obwohl sie nicht gleichzeitig mit den Eisenbahnern begann, so umfaßte sie doch schon am 26. Oktober ganz Moskau und bekam schließlich den Charakter eines allgemeinen Massenstreiks.

Von den anderen Städten haben sich besonders Charkow und Jekaterinoslaw ausgezeichnet. Dem Klassenbewußtsein und dem Begeisterungsgrade nach, den sie während der Bewegung zeigten, waren ihnen nur die Grenzgebiete ebenbürtig. Kolossale Volksmeetings, Zusammenstöße mit der Polizei und dem Militär, Barrikaden und Plünderung des Waffenarsenals in Charkow, Verschanzung in der dortigen Universität, grandiose Beerdigung der Opfer in Jekaterinoslaw, woran fast die gesamte Bevölkerung der Stadt sich beteiligte; all diese Tatsachen stellten Charkow und Jekaterinoslaw in die ersten Reihen der Oktoberbewegung.

Das Proletariat und die Sozialdemokratie dieser Städte spielten dort in dem Oktoberstreik eine führende Rolle, wie noch nie zuvor.

In dieser Beziehung unterschieden sich Charkow und Jekaterinoslaw sehr scharf von den großen Zentren in Südrußland, wie zum Beispiel Kiew und Odessa, wo das Prole-

tariat eine sehr bescheidene Rolle spielte und im Gegensatz zu der Intelligenz ganz in den Hintergrund trat.

\* \* \*

Aus Anlaß des Oktoberstreiks wurde in Petersburg eine proletarische Massenorganisation ins Leben gerufen, die nachher eine besonders hervorragende Rolle zu spielen berufen war — der Arbeiterdeputiertenrat.

Mitten in der Bewegung selbst ist dieser zur Welt gekommen.

Am 26. Oktober fand die erste Sitzung des Rates statt, der zunächst aus Vertretern des Newskyrayons bestand. Der Arbeiterdeputiertenrat rief in seiner ersten Sitzung alle Arbeiter Petersburgs zum allgemeinen Massenstreik auf, unter der Forderung einer Konstituante. Dieser Aufruf begann durch alle Petersburger Fabriken und Werkstätten zu zirkulieren, ein Industriezweig nach dem andern schloß sich diesem Aufruf an, und indem sie sich anschlossen, wählten sie aus ihrer Mitte Vertreter in den Arbeiterdeputiertenrat.

Am 30. Oktober konstatierte der Arbeiterdeputiertenrat, daß der Streik zu einem allgemeinen Massenstreik sich ausgedehnt habe, und beschloß, diesen fortzusetzen, unter der Motivierung, daß nur der jetzige Massenstreik dem fallenden Absolutismus einen entscheidenden Schlag zu versetzen imstande sei, dagegen die Aufhebung des Streiks in Petersburg den Aufmarsch der Altkaufischen Bewegung einschränken müsse.

Unter dem Ansturm der ungeheuren Bewegung krachte die Regierung in allen Fugen, schrak zurück und veröffentlichte das bekannte Manifest, worin sie ihren Entschluß kund gab, „der Bevölkerung unerschütterliche Grundgesetze zur politischen Freiheit und Bürgerrechte auf Grund der Unverletzbarkeit der Person, Gewissensfreiheit, Rede-, Press-, Koalitions- und Versammlungsfreiheit zu schenken“, sowie „zur Beteiligung an den Dumawahlen diejenigen Bevölke-

rungsschichten heranzuziehen, die bis jetzt, auf Grund des vorherigen Wahlgesetzes, keine Wahlrechte besaßen, und desgleichen der Duma konstitutionelle Rechte zu sichern“.

Am 31. Oktober wurde in Moskau auf Beschluß des Streikkomitees der Streit für beendet erklärt. Am 3. November wurde seine Beendigung auch in Petersburg vom Arbeiterdeputiertenrat beschlossen. Der Eisenbahnverkehr begann schon am 31. Oktober wieder zu funktionieren, auf anderen Eisenbahnlinien vom 5. November ab.

Der kolossalste Streik, den die Welt je gesehen hat, hörte auf, indem er den Gegner zur Kapitulation gezwungen hatte.

## V.

## Vom 31. Oktober bis zum Dezemberaufstand.

Der Oktoberstreik konnte nicht den vollständigen Sturz des alten Regimes bewirken, doch hat er sehr wesentliche Konzessionen für die Befreiungsbewegung errungen.

Wie konnte nun das Proletariat diese Konzessionen zum Zwecke der weiteren Entwicklung der Revolution ausnützen? Es handelte sich darum, ob die Konstituante auf revolutionärem Wege zu erringen, oder ob sie vom alten Regime einzuberufen sei.

Daß die Regierung ein Parlament einzuberufen sich verpflichtete, bedeutete bei weitem noch nicht, daß wir nun auch eine Konstitution erhalten würden; aber sollte das Parlament einmal einberufen sein, so konnte es nichts anderes als ein Organ des Kampfes gegen die Mächte der alten Gesellschaft werden. Die Bourgeoisie und ein Teil der Intelligenz konnten wohl „sinnlose Hoffnungen“ hegen, daß mit der Einberufung der Reichsduma die Revolution ein Ende nehmen werde, aber die Sozialdemokratie konnte unmöglich ebenso denken, es lag kein Grund vor, die Duma etwa zu fürchten. Sie mußte die Reichsduma von einem ganz anderen Gesichtspunkte aus betrachten, nämlich von dem Gesichtspunkte der Organisation und Heranziehung der Bevölkerung, besonders aber der Bauernschaft zu bewußtem politischem Leben. Nichts konnte diesem Zwecke besser dienen, als zunächst die Wahlagitatio unter der Bauernbevölkerung und dann erst recht der Kampf der Duma selbst gegen die Regierung. Dieser Kampf war auch unvermeidlich. Die Duma konnte unmöglich der Schauplatz einer Übereinkunft zwischen den Bauern und der Bürokratie, der Vertreterin der Feudaladelinteressen, werden, da